

## 2. Zeitraum 1961-1968 - vom Mauerbau bis zur Studentenrevolte

### 2.1 Der Mauerbau - Berichterstattung im Rundfunk

Der 13. August 1961 - ein entscheidendes Datum in der Geschichte Berlins und eine Herausforderung für den Sender Freies Berlin.

Schon Tage zuvor waren vermehrte Aktivitäten im östlichen Teil der Stadt registriert worden, aber Walter Ulbricht erklärte noch am 15. Juli in einer Pressekonferenz: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten". Die beobachteten Aktivitäten wären auf einen erhöhten Einsatz der Bauarbeiter beim Wohnungsbau zurückzuführen.

In den frühen Morgenstunden des 13. August indes, genau gesagt seit ein Uhr morgens, begannen Volkspolizisten und Bauarbeiter an verschiedenen Punkten der Stadt, Grenzwälle in Form von Stacheldraht und eine Mauer zu errichten.

Der erste Live-Bericht des SFB kam als Rundfunk-Reportage vom Brandenburger Tor<sup>71</sup>. Dort ratterten die Preßluftschlämmer, um quer durch die Ebertstraße einen Graben zu ziehen.

Zur selben Zeit wurde der Potsdamer Platz abgeriegelt. In das aufgerissene Pflaster wurden Betonpfähle eingesetzt und Stacheldraht gezogen. Der Live-Bericht fängt diverse Original-Töne ein: sie reichen von "Das ist doch eine Schande" über "Det mußte ja kommen" bis zu "Hatte Glück, bin gerade noch rüber".

Auch der U-Bahn und S-Bahn-Verkehr war unterbrochen. Ein Reporter versuchte noch, bis zur Warschauer Brücke zu fahren, mußte aber erleben, daß der Zug am Schlesischen Tor endete.

Journalisten konnten sich an diesem Tag trotzdem noch relativ frei - nur durch Ausweiskontrollen aufgehalten - im Ostteil der Stadt bewegen. SFB-Redakteur

---

<sup>71</sup> Reportagen von der Errichtung der Mauer am 13.8.1961, SFB-Hörfunk-Archiv

Matthias Walden fuhr morgens und abends hinüber und berichtete von bewaffneten Polizeieinheiten, die das Stadtbild prägten. Das Haus der Ministerien war von Volkspolizisten bewacht, in der Wilhelmstraße Betriebskampfguppen aufmarschiert. Menschentrauben standen schweigend Unter den Linden, wurden immer wieder von den Ordnungskräften zurückgedrängt.

Ein anderer Live-Bericht gibt Kommentare der Umstehenden wieder:

“Die drüben haben Angst”; “Eigentlich müßten wer se alle verhungern lassen”; “Hoffen auf die Zeit, wo alles wieder abgerissen werden kann”...

Eine Aufnahme gibt zunächst nur heftiges Schluchzen wieder; dann die Stimme des Reporters:

“Wenn die neuesten Maßnahmen der Sowjetzonen-Machthaber eines Kommentars bedürften, soeben hätten sie ihn hören können - die Tränen einer West-Berliner Familie, die sich soeben verabschiedet hat von Verwandten. Die Verwandten haben jetzt West-Berlin verlassen, sie sind hinter dem Schild “Sie verlassen den amerikanischen Sektor” - wahrscheinlich sind es die Eltern, die hier noch bei uns stehen - ein Bild, wie man es wahrscheinlich heute an vielen Grenzübergängen sieht”...

Im Notaufnahmelaager Marienfelde ging es zu wie schon an den Tagen zuvor; dichtes Gedränge, “Flüchtlinge, Menschen aus Mitteldeutschland und Ost-Berlin”, die überwiegend schon “vor Inkrafttreten der Schikanen des Zonen-Regimes” gekommen waren .Nun, da es die Möglichkeit der Übersiedlung nicht mehr gab, tröpfelte es nur noch spärlich - nur wenigen, die per Zufall von den nächtlichen Aktivitäten zur Grenzsicherung erfahren hatten, gelang noch die Flucht, wie z.B. einem Ingenieur, der durch die Havel geschwommen war.

Eine Reportage vom Abend gibt die Stimmung unter den Passanten auf der westlichen Seite des Brandenburger Tors wieder:

“Man kann nur hoffen, daß der Westen schnellstmöglich reagiert”; “Traurig, aber wahr”;

“Die janzen Brüder da drüben, Ulbricht & Co, sind Spitzbuben”.

“Die westlichen Alliierten müssen handeln, jede Minute ist kostbar”.

“Ich würde sagen, daß der Amerikaner jetzt mal was tut und zeigt, daß er ‘ne Weltmacht ist!”

In Sprechchören werden freie Wahlen und “Freiheit für die 1,7 Millionen Ost-Berliner” gefordert. Das Ganze nimmt den Charakter einer Demonstration an. Die Demonstranten rufen: “4 Millionen Flüchtlinge” und “Macht das Zuchthaus auf”.

Die Volksarmisten auf der Ost-Seite wirken zunehmend nervös; die West-Berliner Polizei fordert die Menge auf, sich zurückzuziehen, da sie eine Eskalation befürchtet.

Überhaupt lief das Krisenmanagement des Berliner Senats und der Bundesregierung auf Beschwichtigung hinaus; man wollte um jeden Preis einen “17. Juni 1953” verhindern, in dessen Verlauf es ja zu gewalttätigen Ausschreitungen, Toten und Verletzten gekommen war. Bundeskanzler Konrad Adenauer kehrte sogar verspätet und nur widerwillig aus seinem Italien-Urlaub zurück; an seiner Statt kam zunächst Bundesminister Ernst Lemmer nach Berlin, der sich am Mikrofon von Reporter Gerhard Lenz folgendermaßen äußerte: “Wenn es auch von Seiten der Bundesregierung keine spontane Reaktion gegeben hat und ich auch bitten möchte, daß alle meine Mitbürger jetzt Disziplin halten, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen, das letzte Wort über das, was in dieser Nacht geschehen ist, ist noch nicht gesprochen und Sie dürfen davon überzeugt sein, daß die mit der Bundesrepublik Deutschland verbündeten Mächte auch für das, was in dieser Nacht geschehen ist, bereits ganz konkrete Vorbereitungen getroffen haben...”<sup>72</sup>

Diese letzte Aussage traf überhaupt nicht zu; man kann davon ausgehen, daß die Alliierten entweder völlig überrascht wurden vom Vorgehen der Sowjetzone oder aber, was viel schwerer wiegen würde, sogar ihr stillschweigendes Einverständnis erklärt hatten, um jeden Eklat zu vermeiden. Es war zu diesem Zeitpunkt offensichtlich, daß die Wirtschaft und das politische System in der

---

<sup>72</sup> Rundfunkreportage v. 13.8.1961, SFB-Hörfunkarchiv

Sowjetzone ohne diesen Schritt nicht überlebensfähig gewesen wären.

Am Mittag gab es eine erste Stellungnahme des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt, der soeben per Flugzeug über Hannover aus Nürnberg gekommen war, vor den Mikrofonen des SFB:

“Bei den Abriegelungsmaßnahmen der Zonen-Machthaber handelt es sich um eine eklatante Bankrotterklärung. Anstatt die Verhältnisse in der Zone zu verbessern, versucht man, die Freizügigkeit völlig aufzuheben und den Menschen aus der Zone den Weg nach Berlin zu verbieten und geht innerhalb der Stadt sogar soweit, das Recht auf Freizügigkeit wie das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes anzugreifen...

Der Senat ist seit den frühen Morgenstunden mit den alliierten Behörden in Verbindung. Er hält die Bundesregierung laufend unterrichtet. Die auf den Gebieten des Verkehrs wie auch auf dem Gebiet der Sicherheit erforderlichen Maßnahmen sind getroffen...<sup>73</sup>

Die Reaktionen aus Bonn waren sehr verhalten. Neben der Tatsache, daß es erst einer Absprache mit den westlichen Alliierten bedurfte und man diplomatische Fehler vermeiden wollte, mag ein weiterer Grund für das nicht gerade übermäßige Engagement der Regierung in Bonn erklärbar sein mit dem Status, den Berlin seit Kriegsende innehatte: die ehemalige Reichshauptstadt war im Westen Deutschlands stets mit Neid und Argwohn betrachtet worden; jetzt war sie politisch entmachtet und wirtschaftlich kaltgestellt, eine gute Gelegenheit für die rheinische Lobby, mit der Wahl Bonns zur Bundeshauptstadt (mit drei Stimmen Mehrheit gegenüber Frankfurt) neue Machtverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Auch blieb ein energischer Protest der westlichen Alliierten aus: “Auf die gegenständlich gewordene Krise reagierten die Westmächte (Besuch von Johnson und Clay, symbolische Verstärkung der US-Garnison, Ernennung Clays als Vertreter Kennedys in Berlin) eher demonstrativ

---

<sup>73</sup> Erste Stellungnahme des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt am 13.8.1961, SFB-Hörfunkarchiv

als der Stärke der kommunistischen Maßnahme entsprechend...<sup>74</sup>

Somit sah sich der Regierende Bürgermeister Willy Brandt (SPD) in der unkomfortablen Lage, vollends angewiesen zu sein auf den Handlungswillen der Bundesregierung und der Alliierten, aber andererseits eine nicht zu pessimistische Stimmungslage in Berlin zu schaffen.<sup>75</sup> Brandt selbst hat mit Sicherheit vom Tag des Mauerbaus auf das Ziel hingearbeitet, diesen Zustand der Teilung wieder zu beheben; bei seinen politischen Gegenspielern muß dieses nachträglich in Zweifel gezogen werden.

Franz Amrehn (Bürgermeister, CDU) äußerte sich ebenfalls zur Abriegelung und Teilung Berlins:

...“In der Verfahrenheit in der politischen Lage in der Zone haben die Machthaber keinen anderen Ausweg mehr gewußt, als mit militärischer und polizeilicher Gewalt und der Rückendeckung der Ost-Pakt-Staaten den Abstrom der Bevölkerung aus ihrem Herrschaftsgebiet zu vereiteln. Wieder ist der Rechtsbruch zum Instrument ihres Handelns gemacht worden. Zugleich benutzen sie ihn als Mittel, um den aussichtslos en Versuch der Erpressung von Verhandlungen mit dem Ziel ihrer Anerkennung zu wiederholen”...

..”Erneut muß festgestellt werden, daß nicht West-Berlin der Herd der Unruhe ist, sondern die kommunistischen Machthaber die Urheber der Störungen und zunehmenden Spannungen sind”...

...”Im Vertrauen auf das den Berlinern und den Deutschen gegebene Wort unserer westlichen Freunde werden wir den neuen Belastungen gewachsen bleiben. Die Berliner im freien Teil der Hauptstadt Deutschlands lassen sich weder durch Betonpfähle noch durch Stacheldraht von ihren Mitbürgern im anderen Teil der Stadt trennen. Das gilt auch für die Landsleute, die in der Sowjetzone zu leben gezwungen sind und die schwerste Last der neuen

---

<sup>74</sup> Harold Hurwitz, Vortrag über die Einwirkungen zeitgeschichtlicher Entwicklungen auf den Prozeß der Meinungsbildung in der Westberliner Bevölkerung während des Ost-West-Konflikts von 1945 bis zur Gegenwart, gehalten am 17. März 1972 vor dem Fachbereich 15 der FU, S. 11

<sup>75</sup> Zehn Jahre später äußerte sich Peter Schultze in einem Abendschau-Kommentar wie folgt: “Seine (Willy Brandts, Anm. d. Verf.) Vorschläge, am 13. August politisch zu reagieren, nämlich Westberlin den Status eines Bundeslandes zu geben, fanden kein Gehör, weder bei den drei Westmächten noch bei dem damaligen Bundeskanzler Dr. Adenauer (Abendschau vom 13.8. 1971, Manuskripte des DRA)

Willkürmaßnahmen zu tragen haben.

Das deutsche Volk will nichts weiter als das Recht der Selbstbestimmung und muß es jetzt umso dringlicher fordern.”<sup>76</sup>

Vergleicht man die Äußerungen von Brandt und Amrehn, kann man einen Unterschied in der Schärfe der Wortwahl feststellen. Brandt ist zunächst abwartend, will nicht mit spontanen Äußerungen Angriffsflächen bieten und zu Eskalation beitragen. Amrehns Wortwahl ist eingebettet in die Terminologie seiner Partei, der CDU, die konsequent jeden Versuch der DDR, Verhandlungen zum Zwecke der Anerkennung ihres Staates aufzunehmen, ablehnte. Wo Brandt noch sagt, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes werde angegriffen, spricht Amrehn schon von “Rechtsbruch”. Der SFB ließ beide Aussagen unkommentiert, hatte aber selbst im Duktus seiner Reporter und der Auswahl der O-Töne eine eindeutige Stellungnahme zu den Geschehnissen verankert. So äußerte z.B. ein Reporter, daß der Berliner Senat sich am Vormittag in einer Sondersitzung “mit den jüngsten Schikanemaßnahmen der Zonenbehörde” befaßt hätte. Das Wort “Schikanemaßnahmen” war im Zusammenhang mit bereits erfolgten Maßregelungen der DDR-Regierung geläufig. Da es in diesem Fall eher als Untertreibung zu betrachten ist, liegt die Vermutung nahe, daß der Journalist sich über das Ausmaß des Geschehens nicht im klaren war. Überhaupt fielen permanent Begriffe wie “grinsende VoPos”, “Zone”, “Schikanen des Zonenregimes”, “sogenannte DDR”, “sogenannte Sozialistische Einheitspartei Deutschlands”, “sogenannter Marx-Engels-Platz” - Indiz dafür, daß man nicht gewillt war, den anderen deutschen Staat und seine Ideologie anzuerkennen.

In einer Rede anlässlich einer Pressekonferenz am Nachmittag im Rathaus Schöneberg schlug Brandt eine sehr viel schärfere Tonart an und bemühte einen Vergleich aus der nicht allzu fernen Historie:

..”Die Trauer und Empörung in der Stadt...ist natürlich dadurch besonders

---

<sup>76</sup> Berlin, 13. August 1961, SFB-Hörfunkarchiv

ausgeprägt, weil diese Form der Verwandlung einer Sektorengrenze in eine Art Staatsgrenze den Menschen auf der anderen Seite noch mehr als bei uns den Eindruck vermitteln muß, es wird eine Absperrung nach Art eines Konzentrationslagers vorgenommen, eine Absperrung der Landsleute in der Zone und der Mitbürger im Sektor uns gegenüber...”

Zum Zeitpunkt seines ersten Statements war Brandt vermutlich noch nicht allumfassend informiert über die Vorgänge und ihre Irreversibilität; im Verlauf des Tages hatten sich aber die schlimmsten Befürchtungen bestätigt und man mußte davon ausgehen, daß die Teilung der Stadt zur unumstößlichen Tatsache geworden war.

Die Berichterstattung des Rundfunks am 13. August bestand also neben den Nachrichtensendungen aus Live-Reportagen von allen Brennpunkten der Stadt (wichtigster Ort: das Brandenburger Tor), bei denen der jeweilige Reporter seine Eindrücke wiedergab und Live-Reportagen mit Original-Tönen aus der Bevölkerung sowie Statements der vor Ort befindlichen Politiker. Der einzige als subjektiv gekennzeichnete Bericht waren die Impressionen von Matthias Walden bei seinen beiden Besuchen im abgeriegelten Ost-Berlin.

In den folgenden Tagen wurde deutlich, daß es sich bei der Teilung Berlins nicht nur um ein Einsperren der Ost-Berliner Bevölkerung handelte, sondern daß auch mit drastischen Konsequenzen für die West-Berliner Wirtschaft zu rechnen war.

Die abrupte Beendigung des Pendler-Verkehrs machte sich im Fehlen von Arbeitskräften bemerkbar; hier mußten in der Folge Strategien entwickelt werden, dieses Manko zu beheben. Eine Maßnahme war, Arbeitskräfte aus West-Deutschland mit der Zahlung einer Berlin-Zulage zu rekrutieren. Auch wurden Subventionen für Industriebetriebe ausgelobt, die sich in Berlin niederließen; auf diese Weise kam West-Berlin zu einer außerordentlich großen Zigaretten- und Elektro-Industrie.

Ad hoc mußte das Verkehrs-Problem innerhalb Berlins gelöst werden; durch den Wegfall vieler S-Bahn-, U-Bahn-, Bus- und Straßenbahnlinien mußte der Verkehr

umgeschichtet und die Streckenführung neu organisiert werden.

Am 14. August kam es zu einer Demonstration des DGB vor dem Rathaus Schöneberg.

Von dort berichtet ein Radio-Reporter des SFB:<sup>77</sup>

...”In der gleichen Ruhe, wie man oben im Werk AEG-Turbine abmarschiert ist, in der gleichen Ruhe trifft jetzt der Demonstrationzug mit etwa 5000 Personen am Rathaus Schöneberg ein. Männer in ihrer Berufskleidung, in blauen Kitteln, ölverschmiert, die Hände noch schmutzig von der bereits aufgenommenen Arbeit am frühen Morgen...”

Das Vokabular dieses Berichts mutet seltsam an, erweckt es doch den Eindruck einer Wertschätzung der arbeitenden Bevölkerung, die gemeinhin in der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht selbstverständlich war. Offensichtlich war man froh, daß überhaupt ein Protest zustande kam, und vermutete das Potential hierfür eher unter den Gewerkschaften als unter den Intellektuellen - zu diesem Zeitpunkt lagen die ungeliebten Demonstrationen der späteren Studentenbewegung ja noch in weiter Ferne.

..” und wieder ein Schild, das jetzt vor uns auftaucht: Wir fordern Gegenmaßnahmen!

Aber - sie fordern diese Gegenmaßnahmen nur, sie werden nicht daran denken, selbst Gegenmaßnahmen zu ergreifen und dadurch die Ruhe, die Ordnung und den Frieden unserer Stadt zu stören...”

An diesem Zitat wird deutlich, für wie wichtig die öffentliche Ordnung gehalten wurde - Demonstration ja, aber bitte im abgesteckten Rahmen! Der Tonfall des SFB-Reporters ist suggestiv, ja beschwörend. Der Zuhörer möge sich also ein Beispiel am geordneten Auftreten der AEG-Arbeiter nehmen und ja nicht auf die Idee kommen, unkontrollierte Handlungen zu begehen. Dahinter steckte die Angst vor einer Eskalation, vergleichbar mit dem 17. Juni 1953. Die Demonstration sollte auch ein Signal an den “Arbeiter- und Bauernstaat” im Osten senden: Seht her, so denken unsere Arbeiter über den Mauerbau! Da der

---

<sup>77</sup> DGB-Demonstration vor dem Rathaus Schöneberg am 14.8.1961, SFB-Hörfunkarchiv



Meinung der Arbeiterschaft gemeinhin von Regierungsseite nicht allzu viel Bedeutung beigemessen wurde, kann man davon ausgehen, daß diese hier instrumentalisiert werden sollte.

Der Reporter leitet über zur Rede Willy Brandts, der seinerseits die Initiative der Arbeiter lobt:

“ Dank der Belegschaft eines unserer großen, in ganz Deutschland und in der ganzen Welt bekannten Betriebe, dessen Belegschaft sich gesagt hat, wir wollen nicht erst warten, was von oben angeordnet wird oder wozu aufgerufen wird, sondern wir wollen das zum Ausdruck bringen, was das Volk von Berlin selbst in dieser Stunde zu sagen wünscht...”

So gesehen, war die Demonstration eine demokratische Handlung, aber ihre Wirkung leider nur symbolisch; zu keinem Zeitpunkt konnte sich die Stadt der Illusion hingeben, daß der Protest der West-Berliner in irgendeiner Form Einfluß nehmen könnte auf die Handlungsweisen des DDR-Regimes. Zumindest sollte aber, so hoffte Brandt, diese brutale Teilung West-Berlins dazu beitragen, daß Sympathisanten der SED im Westen ihre politische Einstellung überdächten:

“Es sind (hier! Ergänzung der Verf.) einige dabei, die bis in diese Tage, bis zum heutigen Tag geglaubt haben, daß ihre Interessen bei der Einheitspartei am besten aufgehoben wären.. Ich will jetzt, daß einfach der Einzelne, den das angeht - es sind einige wenige - daß der in sich geht und sich fragt, ob er nicht das Buch kaputtreißen sollte (Beifall), ob er nicht das Buch kaputtreißen sollte in dieser ungeheuerlichen Situation, damit er als einer von uns dasteht...”

Diese Aussage spiegelt Brandts persönliches Verhältnis zum Sozialismus stalinistisch-leninistischer Prägung wider - seine Erfahrungen aus dem Spanischen Bürgerkrieg und mit der Komintern haben ihn gegenüber totalitären Regimes gegenüber wachsam werden lassen - und seine Hoffnung, daß diejenigen, die bis dato dem gewissen Charme eines “Sozialismus auf deutschen Boden” erlegen waren, zur Raison gebracht würden. Willy Brandt fährt fort mit einem Appell an das Gewissen derjenigen, die als Volksarmisten den direkten Auftrag haben, die neue Staatsgrenze mit Waffengewalt zu verteidigen:

..."Mein Wort richtet sich an Landsleute, die als Angehörige der Betriebskampfgruppen, die als Angehörige der sogenannten Nationalen Volksarmee und die als Angehörige der kasernierten Volkspolizei in unserer Stadt an der blutenden Grenze dieser Stadt bewaffnet haben Aufstellung nehmen müssen..ich hoffe, daß mancher von Ihnen mich hören wird in diesem Augenblick oder später, daß ihn mein Wort erreichen wird und mein Wort lautet, was immer kommen mag: laßt Euch nicht dazu mißbrauchen, auf Berliner Mitbürger und auf deutsche Landsleute zu schießen!"

In dieser Rede schwang unterschwellig die Hoffnung mit, die Volksarmisten würden den Befehl verweigern und auf diese Weise die endgültige Teilung der Stadt verhindern.

Des weiteren forderte Brandt die Alliierten zur Neuregelung des Eisenbahnverkehrs auf. Die Teilung brachte ja Probleme wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Art mit sich, an deren Lösung man sofort und pragmatisch herangehen mußte.

Willy Brandts Rede endete, begleitet von den Klängen der Freiheitsglocke, mit den Worten:... " geht es uns darum, um die Bewahrung der Freiheit hier in unserem Berlin bemüht zu sein, und niemals zu vergessen, daß es unsere Pflicht ist, zusammen mit unseren Freunden dafür zu sorgen, daß die Freiheit wiedergewonnen wird für unsere geknechteten und mißhandelten Mitbürger im Sektor und Landsleute in der Zone."

Die Rundfunkberichterstattung des SFB am Tag des Mauerbaus und danach ist geprägt von dem Bemühen, eine lückenlose Darstellung der Ereignisse durch Berichte vor Ort zu liefern, die wichtigsten Persönlichkeiten der Stadt zu Wort kommen zu lassen und bei jeder Gelegenheit deren Botschaft zu transportieren, daß es sich bei den Maßnahmen der DDR zwar um eine Ungeheuerlichkeit handelt, man aber besonnen darauf reagieren müsse. Bis auf die erwähnte, zu dieser Zeit in den Medien gängige Verwendung der Begriffe "Zone", "sogenannte DDR" etc. ist anfänglich große Sachlichkeit bei der Schilderung des Geschehens zu bemerken; die Reporter geben sich als neutrale Beobachter. In der Auswahl

der Zitate liegt die Parteilichkeit. Es wäre auch nicht nachzuvollziehen gewesen, hätte man auf West-Seite einen Befürworter der Maßnahmen der DDR zu Wort kommen lassen. Es war zu erwarten, daß die Argumentation für den Bau der Mauer hinreichend in den Ost-Medien geliefert werden würde.

Zu bemerken ist auch, daß es am 13. August 1961 im SFB-Rundfunk keinen Kommentar des Chefredakteurs gab; wie noch zu erzählen sein wird, bediente man sich hierfür des noch relativ jungen, aber überaus wirkungsvollen Mediums Fernsehen.

## 2.2 Der Mauerbau - Berichterstattung im Fernsehen

Da zu diesem Zeitpunkt noch keine vollständige Aufzeichnung der Sendung "Die Berliner Abendschau" möglich war und die Kommentare live gesprochen wurden, kann diese Quelle nur als eingeschränkt aussagefähig gelten.

Am 13.8.1961 berichtete die "Berliner Abendschau" zunächst über die Situation an den Sektoren- und Zonengrenzen. Sie zeigt den Bau der Mauer zunächst am Potsdamer Platz, die Kamera schwenkt über Grenzanlagen und Wachsoldaten. Reporter Wolfgang Hanel berichtet von der Situation an der Glienicker Brücke: "Auch an den Übergängen zur sowjetischen Zone ruht seit heute morgen der Grenzverkehr. An der Glienicker Brücke zwischen Wannsee und Potsdam, die vor langer Zeit bezeichnenderweise den Namen "Brücke der Einheit" erhielt, blicken West-Berliner Bürger auf die verstärkten Kontrollposten auf der anderen Seite. Einige warten immer noch auf Verwandte - seit heute früh vergebens..."

Der zweite Beitrag beschäftigt sich mit der Lage an den Kontrollpunkten Dreilinden und Heerstraße. Ein Reporter fragt nach, wie der Verkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik laufe. Der Kontrollbeamte erklärt, es wäre alles normal. Der Reporter beeilt sich, zu versichern, daß kein Grund zur Besorgnis bestünde - immerhin bestand ja noch die Möglichkeit, daß die Zufahrtswege abgeriegelt würden und man West-Berlin nur noch auf dem Luftweg hätte verlassen können. So weit wollte die DDR-Regierung dann aber

doch nicht gehen - eine solche Maßnahme hätte mit Sicherheit der Unterstützung des "Großen Bruders" aus der Sowjetunion bedurft, und dieser wußte genau, wie weit er in dieser Angelegenheit gehen konnte und womit er die westlichen Alliierten zu sehr provoziert hätte.

Im dritten Beitrag finden sich Interviews mit Flüchtlingen im Notaufnahmelager Marienfelde. Die Schilderungen über die Flucht in letzter Minute sind voller Dramatik und Emotionen, vom Reporter einfühlsam in Szene gesetzt.

Anschließend folgt die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt:<sup>78</sup>

"Die vom Ulbricht-Regime auf Aufforderung der Warschauer Pakt-Staaten verfügten und eingeleiteten Maßnahmen zur Abriegelung der Sowjet-Zone sind ein empörendes Unrecht. Sie bedeuten, daß mitten durch Berlin nicht nur eine Art Staatsgrenze, sondern die Sperrwand eines Konzentrationslagers gezogen wird. Mit Billigung der Ostblock-Staaten verschärft das Ulbricht-Regime die Lage von Berlin und setzt sich erneut über rechtliche Bindungen und Gebote der Menschlichkeit hinweg. Der Senat von Berlin erhebt vor aller Welt Anklage gegen die widerrechtlichen und unmenschlichen Maßnahmen der Spalter Deutschlands, der Bedrücker Ost-Berlins und der Bedroher West-Berlins. Anstatt die Verhältnisse in der Zone erträglicher zu gestalten, unterbindet das Ulbricht-Regime nicht nur Reisen aus der Zone nach West-Berlin, sondern auch aus der Zone nach Ost-Berlin, der angeblichen Hauptstadt der DDR.

Für Berlin wird nicht allein die Freizügigkeit, sondern auch die freie Wahl des Arbeitsplatzes aufgehoben. In Tausenden von Fällen handelt es sich darum, daß Ost-Berliner Bürgern der seit Jahren angestammte Arbeitsplatz genommen wird. In dieser Stunde fühlen wir uns mit unseren Mitbürgern in Ost-Berlin und unseren Landsleuten in der Zone enger denn je verbunden. Trotz der bedrückenden Lage, in der wir uns befinden, vertrauen wir darauf, daß es doch eine gemeinsame Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland geben wird. Die Entwicklung zeigt, wie notwendig es ist, daß dem deutschen Volk in seiner

---

<sup>78</sup> Berliner Abendschau v. 13.8.1961, SFB-Fernseharchiv

Gesamtheit zum Recht auf Selbstbestimmung verholpen wird.

Die Zwangsmaßnahmen des Zonenregimes verstoßen nicht nur gegen die Interalliierten Abmachungen über Berlin, sondern vor allem auch gegen die nach Aufhebung der Blockade gefaßten Beschlüsse der Pariser Außenministerkonferenz vom Juni 1949. Die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen verbürgt die Freizügigkeit über die Grenzen der Staaten hinweg. Die durch den Ostblock gestützten Machthaber der Sowjetzone verbieten den Deutschen, sich von Deutschland nach Deutschland zu begeben. Sie rauben Berlinern die Bewegungsfreiheit in ihrer eigenen Stadt.

Der Senat steht in laufender Verbindung mit den alliierten Behörden, die für die Sicherheit Berlins zuständig sind. Er hält die Bundesregierung über die Lage unterrichtet. Für West-Berlin sind auf den Gebieten der öffentlichen Ordnung und des innerstädtischen Verkehrs die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Senat und Bevölkerung von Berlin erwarten, daß die Westmächte energische Schritte bei der Sowjetregierung unternehmen werden. Die Bevölkerung von West-Berlin wird ihrer Arbeit unbeirrt nachgehen. Unüberlegte Handlungen würden niemandem helfen, sie würden unserer Stadt nur schaden. Wir werden die Alliierten Kommandanten ersuchen, wegen der Zwangsmaßnahmen gegen die Grenzgänger erneut schärfsten Einspruch zu erheben und darauf zu bestehen, daß das Recht auf Freizügigkeit und auf die freie Wahl des Arbeitsplatzes wiederhergestellt wird. Die von den Grenzgängern in West-Berlin erworbenen Rechte bleiben gewahrt. Diejenigen West-Berliner, die sich in der Bundesrepublik oder im Ausland aufhalten, dürfen davon ausgehen, daß der Verkehr von und nach Berlin von den gegenwärtigen Maßnahmen nicht betroffen ist.”

Brandt trifft hier mehrere Feststellungen, die in der Sendung “Der Schwarze Kanal” am gleichen Tag von Karl-Eduard von Schnitzler kommentiert werden. Schnitzler war ein ehemaliger Mitarbeiter des NWDR, der wegen seiner offenen Sympathie mit der SED dort nicht weiterbeschäftigt wurde und zum Deutschen Fernsehfunk (DFF), dem DDR-Fernsehen in Adlershof, konvertiert war. Er fungierte dort als

Chefpropagandist und vermittelte den DDR-Bürgern die Ideologie des "Klassenfeindes" durch seine Brille. Am 13. August 1961 hatte er die Aufgabe, den Bewohnern der Ostzone zu vermitteln, daß es kein Entrinnen aus dem Arbeiter- und Bauernstaat mehr gab.

Er tut dies, indem er die westliche Empörung kontert und die Maßnahme aus Sicht der DDR legitimierend schildert.

Wo Brandt unterstellt, daß das DDR-Regime nicht in eigener Verantwortung, sondern auf Anweisung der Warschauer Pakt-Staaten gehandelt hat, betont Schnitzler die Unabhängigkeit der ostdeutschen Regierung.<sup>79</sup>

..."Was heißt Sowjetunion? Es handelt sich um Maßnahmen, die wir kraft unserer Souveränität auf unserem Territorium zu ergreifen für nötig befunden haben..."

An anderer Stelle hörte sich das differenzierter an:

"...Die Sowjetunion ist für Maßnahmen unserer Regierung nicht zuständig, es sei denn durch ihre Teilnahme an der Beratung der Warschauer Pakt-Staaten über die Schutzmaßnahmen der DDR..."

Hier versucht Schnitzler, den Warschauer Pakt als Bündnis gleichberechtigter Staaten zu definieren, obwohl von Anfang an nie von der Hand zu weisen war, daß die Sowjetunion innerhalb des Paktes einen Führungsanspruch innehatte, ja sich die Staaten des Warschauer Paktes überhaupt erst untertan gemacht hatte.

Trotzdem legt Schnitzler Wert darauf, die Politik seiner Regierung als selbstbestimmt darzustellen, was natürlich für die Diskussion um die Anerkennung der Souveränität des zweiten deutschen Staates nicht ohne Bedeutung war.

Brandt hatte die Verbindung zur Bundesregierung und den Alliierten betont.

Schnitzler bestreitet vehement, daß diese in irgendeiner Form für Berlin zuständig wären:

"...Was will er machen in seiner Hilflosigkeit? Ohne Alliierte ist er nichts. Mit dem einzigen realen Verhandlungspartner, mit dem Magistrat von Groß-Berlin und der Regierung der DDR, die allein zuständig sind, will er nichts zu tun haben, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Also sucht er Zuflucht bei Phantomen, bei alliierten

---

<sup>79</sup> Karl-Eduard von Schnitzler, Der Schwarze Kanal v. 13.8.1961, DFF-Fernseharchiv

Behörden - feine Souveränität, das. Bei der Bonner Regierung, warum nicht gleich beim Fürstentum Liechtenstein oder bei Gracia Patricia von Monaco, die haben mit Berlin genausowenig zu tun wie Adenauer...<sup>80</sup>

Die Leugnung der Anbindung West-Berlins an die Bundesrepublik und die westlichen Alliierten korrespondierte mit der Leugnung der Abhängigkeit Ost-Berlins von Moskau.

Das Hauptargument für den Bau der Mauer liefert Schnitzler gleich zu Beginn der Sendung. Er bezieht sich dabei auf einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz Matthias Waldens, in dem dieser äußert, daß die "Nachricht von der Abschnürung Ost- und West-Berlins die schlechteste, die schlimmste seit Kriegsende wäre":

"Wer die Nachricht vom Ende des letzten Weltkriegs für schlecht und schlimm hält, der muß auch unsere Maßnahmen an der Grenze zu West-Berlin heute für schlecht und schlimm halten - oder umgekehrt, meine Damen und Herren, es besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen dem Ende des vorigen Kriegs und der Verhinderung eines neuen Krieges durch unsere heutigen Maßnahmen."

Schnitzler transformiert den Begriff "Kriegsende" von einer zeitlichen in eine moralische Kategorie, um Walden damit eine revanchistische Einstellung nachzuweisen - jeder, der den Mauerbau verurteilt, ist ein Kriegstreiber und Aggressor. Der Osten beansprucht für sich die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus. Wie nah das Geschehen des Zweiten Weltkriegs noch war und wie sehr es in die ideologische Debatte des Kalten Krieges einfloß, sieht man auch an den Parallelen, die Brandt in seiner Rede von der neuen Staatsgrenze zu den Konzentrationslagern im Nationalsozialismus zieht.

Schnitzler seinerseits zieht eine Linie von der Beendigung des Krieges durch die ruhmreiche Sowjetunion bis zur Verteidigung der "sozialistischen Errungenschaften" gegen den westlichen Aggressor.

Aus westlicher Perspektive ist es eine Tatsache, daß, wie Willy Brandt sagt, "Ost-Berliner Bürgern ihr Arbeitsplatz im Westteil der Stadt genommen wird"; Schnitzler

---

<sup>80</sup> Ebd.

hingegen stellt es so dar, daß West-Berlin nun ein Problem hätte, Arbeitskräfte zu beschaffen:

“Betroffen sind die West-Berliner Konzerne, die sich ab morgen nach 53 000 neuen Arbeitskräften umsehen müssen...”

In der Tat sollte die Rekrutierung von Arbeitskräften für West-Berlin in den folgenden Jahren durch Zahlung einer “Berlin-Zulage” vereinfacht werden. Auf der anderen Seite war ja ein wichtiger Grund für die Errichtung der Mauer das “Ausbluten” der Wirtschaft in der Sowjetzone, der die Arbeitskräfte in Scharen in den Westen davonliefen. Insofern ist doch etwas Wahres daran, wenn Schnitzler von “Schutzmaßnahmen” für die DDR spricht.

In dieser Phase des Kalten Krieges wird auch noch einmal relevant, daß es seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges noch nicht gelungen war, einen Friedensvertrag für Deutschland zu schließen. Dazu Schnitzler:

“...Sie bedauern das Ende des Krieges und Franz Josef Strauß hat das ja schon weitergesponnen, indem er in Amerika bei seinem jüngsten Raketen-Aufenthalt verkündete, der Zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende - drum! Deshalb ist ja jetzt der Friedensvertrag fällig, vor dem diese Leute eine panische Angst haben...”

Er unterstellt damit, daß zum damaligen Zeitpunkt ein Friedensvertrag nur im Sinne der Sowjetunion hätte geschlossen werden können und zwar dergestalt, daß Deutschlands Zweiteilung festgeschrieben worden wäre.

“Der Schwarze Kanal” bringt nun weiter Ausschnitte aus einer Diskussionsrunde des Ersten Deutschen Fernsehens, dem “Internationalen Frühschoppen”. In dieser Sendung, geleitet von dem später als ehemaligem NSDAP-Mitglied enttarnten Werner Höfer, äußerte ein Gesprächsteilnehmer seine Besorgnis über den Stand der Friedensverhandlungen:

“Ich hab’ den Eindruck, daß mit diesem Schritt (dem Mauerbau, Anm. der Verf.) vollzogen wird, was nach der Angabe Chruschtschows eigentlich das Ergebnis des Friedensvertrages sein sollte, d.h. man nimmt vorweg was man eigentlich unterzeichnet, d.h. daß der ganze Fahrplan, von dem der Westen bisher



ausgegangen ist, über den Haufen geworfen worden ist...“<sup>81</sup>

Darauf Schnitzler:

“Irrtum auf der ganzen Linie, oder richtiger: Irreführung. Erstens hat der Westen überhaupt keinen Fahrplan, zweitens handelt es sich bei den Schutzmaßnahmen um Maßnahmen bei uns, die also West-Berlin, Westdeutschland und das Ausland nichts angehen, während der Friedensvertrag durchaus alle angeht und drittens ist es die Aufgabe des Friedensvertrags, zu zügeln, was ja noch keineswegs der Fall ist - bekanntlich - und die Westberlin-Frage zu lösen, wir haben uns erstmal vor der heutigen Politik in West-Berlin geschützt. Hier ist also gar nichts vorweggenommen - keine Sorge darum und keine falschen Hoffnungen, meine Herren, der Friedensvertrag kommt noch!”

Ausschnitt Werner Höfer:

“Ein ungeheuer zynischer Satz findet sich in diesen Dokumenten: Diese Maßnahmen gelten nur bis zum Inkrafttreten eines Friedensvertrages”

Schnitzler:

“Wieder ein Irrtum! Übrigens sehr interessant, die Formulierung, daß man den Abschluß eines Friedensvertrages als zynisch bezeichnet, aber unsere heutigen Maßnahmen haben mit den Friedensverhandlungen direkt nichts zu tun. Der Friedensvertrag regelt den künftigen Status Deutschlands als friedliebender und militärisch neutraler Staat und er leitet die Entmilitarisierung und Neutralisierung West-Berlins und seine Umwandlung in eine freie Stadt ein - und das ist es doch heute weiß Gott nicht.”

Die Geschichte hat Schnitzler eines Besseren belehrt und Walden recht gegeben - darauf wird noch zurückzukommen sein. Der Friedensvertrag kam bekanntlich nicht, die Maßnahmen wurden nicht durch das Inkrafttreten eines Friedensvertrages beendet, sondern durch den wirtschaftlichen und politischen Bankrott des selbsternannten sozialistischen Systems - und die Hoffnung Schnitzlers auf ein “neutrales” Deutschland und West-Berlin, wobei er unter “neutral” offensichtlich die DDR-Hoheit meinte, sollte sich nicht erfüllen.

---

<sup>81</sup> Der Schwarze Kanal vom 13.8.1961, DFF-Fernseharchiv

Schnitzler fährt fort:

..."Eines allerdings stimmt: der jetzige freie Verkehr zwischen West-Berlin und dem Westen wird auch und gerade einer neutralen, freien Stadt garantiert werden. In dieser Beziehung muß nun im westlichen Fernsehen im Schwarzen Kanal ein Herr Walden die Opfer seiner eigenen Lügenpropaganda beruhigen:"

Ausschnitt Walden:

"Wir haben kein Motiv, das, was sich ereignet hat, zu dramatisieren. Ängstlichen Gemütern auf unserer Seite sei gesagt, daß die Interzonenstraßen von alledem unangetastet bleiben."

Schnitzler: "Na, darüber kann nur derjenige überrascht sein, der das Gegenteil gelogen oder wer solche Lügen geglaubt hat - wir haben nie etwas anderes gesagt - haben sogar angeboten, daß die allseitigen Garantien des Selbstbestimmungsrechts der West-Berliner und der Freiheit des Verkehrs einer freien Stadt in Form einer Deklaration Gegenstand des Friedensvertrages werden kann..."

Dies ist natürlich eine sehr listige Argumentation - schließlich hatte Ulbricht ja auch behauptet, daß man keineswegs beabsichtige, eine Mauer zu bauen, sondern daß die Arbeiter der Hauptstadt nur mit Wohnungsbau beschäftigt wären - also war die Befürchtung so abwegig nicht, daß es zu einer Blockade West-Berlins kommen könnte.

Die Erfahrung der Luftbrücke spielte da sicher ebenfalls mit. Weiter:

..."Und so kommt's, meine Damen und Herren. Wir sitzen am längeren Hebel. Man hat unsere Staatsautorität und unsere Macht unterschätzt. Man glaubte, uns nicht ernstnehmen zu brauchen und uns auf der Nase herumtanzen zu können. Wir hatten Geduld, eine wahre Engelsgeduld, um nicht Marx-Engels-Geduld zu sagen. Man verwechselte unsere Geduld mit Schwäche. Das hat sich heute als schmerzlicher Irrtum erwiesen. Wer nicht hören will, muß fühlen..."

Schnitzler bedient sich der Terminologie eines Lehrers, der mit ungezogenen Kindern spricht. Und genausowenig, wie ein autoritärer Lehrer es für nötig hält, eine Begründung für das Strafen zu geben, hat der Chefpropagandist es nötig, eine

konkrete Begründung für den Schritt des SED-Regimes anzuführen. Offensichtlich geht es nur um eine Demonstration der Stärke.

...”Und jetzt dämmert langsam die Einsicht - etwas bänglich, aber doch einigermaßen realistisch - ließ sich Herr Walden heute über das Kräfteverhältnis aus:”

Walden: “Jetzt ist es ernst geworden. Ein Teil des dramatischen Verlaufs liegt hinter uns, ein anderer, der größere Teil vor uns. Wir wissen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer in der Zone, daß Sie jetzt von uns kein Wortgeklingel, keine Phrasen und Meditation hören wollen. Ich kann Ihnen im Augenblick nicht sagen, welche Maßnahmen der offizielle politische Westen ergreifen wird, um diesen Hieb zu parieren. Ich weiß nur, daß die Mittel des Westens im Gegensatz zur Situation an den Zonenverbindungswegen, also die Mittel innerhalb Berlins, dort, wo das sowjetische Imperium beginnt, äußerst begrenzt sind.”

Walden versuchte über diese Ansprache im SFB-Fernsehen zum einen die West-Berliner zu beruhigen und eine realistische Einschätzung der Lage zu geben, zum anderen die Zuschauer im Ostteil der Stadt zu erreichen und ihnen zu versichern, daß der Westen, obschon in seinen Möglichkeiten eingeschränkt, sich mit ihrer Situation befassen werde. Hier setzt er natürlich voraus, daß die Mitbürger im anderen Teil der Stadt der Ideologie des Ost-Regimes nicht erlegen und von daher nicht einverstanden mit der Teilung der Stadt sind. Es wäre sicher interessant, zu erfahren, wie sich die Bevölkerung zu diesen Maßnahmen gestellt hätte, wenn man sie dazu hätte befragen können. Schnitzlers Aufgabe war es jedenfalls, keinen Zweifel am Handeln der Regierung aufkommen zu lassen und das “Wir“-Gefühl zu stärken. Er schloß mit den Worten:

“So ist es - die Mittel des Westens sind begrenzt. Oder um es anders zu sagen: sein Ärmchen. Meine Damen und Herren, es gibt auf der ganzen weiten Erde nicht einen einzigen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert sind und sich so ungestraft betätigen können wie in West-Berlin. Seit heute früh steht da Stacheldraht und Polizei ringsherum, wie es sich gehört. Nicht für die West-Berliner, die passieren können. Sondern für die Störenfriede. Unsere

Maßnahmen zerstören die Illusionen derer, die glauben, wir meinten es nicht ernst. Wir haben lange genug gewarnt und geduldig Vorschläge und Verhandlungsangebote gemacht. Diese unsere Geduld, die wir bewiesen haben, ist nun zu Ende, weil es uns mit dem Frieden in Berlin, in Deutschland und in der Welt ernst ist.”

Die Behauptung, West-Berliner könnten passieren, erwies sich als Lüge. Es bedurfte eines Passierscheins, den man umständlich beantragen mußte und bei dessen Genehmigung streng selektiert wurde. “Spione” und “Feinde des Volkes” hatten natürlich keinen Zutritt zum “demokratischen” Ost-Berlin. Daß es der DDR nur um den Frieden ging, war eine weitere Lüge ihres Chefpropagandisten Karl-Eduard von Schnitzler.

Seine Ausführungen zeugen von totaler Identifikation mit dem Regime. In der Sprache des Kalten Krieges verbreitete er die Ideologie der SED und baute als Feindbild einen imperialistischen Westen auf, dessen logistische Speerspitze West-Berlin sein sollte. In der Tat hatten die Westberliner Medien, unter ihnen der SFB, zunehmend die Rolle des ideologischen Vorpostens des bundesrepublikanischen Kapitalismus übernommen, indem sie das System in Ostdeutschland, das durchaus vor allem unter Intellektuellen Verfechter fand, die mit Enthusiasmus an den Aufbau eines sozialistischen Deutschlands gingen, als kommunistisch, der Sowjetunion hörig und undemokratisch geißelten. Der Teil der DDR-Bürger, der sich mit dem System identifizierte, wurde als fehlgeleitetes Produkt einer staatlichen Gehirnwäsche betrachtet; der Rest, die überwiegende Mehrheit des Volkes, als Opfer des kommunistischen Herrschaftssystems.

Was zuvor in Permanenz als Damoklesschwert über Berlin geschwebt hatte, war plötzlich faßbare Realität. Der Mauerschock, so stellte Hurwitz fest, hatte die Krise gegenständlich gemacht. Dadurch war eine Stufe der wechselseitigen Druck-Drohungs-Skala erreicht: “Eine östliche Maßnahme, welche die Westmächte in ihren bisherigen Befugnissen (ihrer Zuständigkeit für Ostberlin) einschränkte und welche Ostberlin entscheidend, die Einwohner Westberlins dagegen in geringerem Maße betraf. Angesichts des Ultimatums und des militärischen Charakters der

Aktion konnten die Westberliner die Tragweite der neuen Lage nicht übersehen.<sup>82</sup> Man hat in der Tat den Eindruck, daß auch die Redakteure des SFB die Lage nicht übersehen konnten und bisweilen ratlos agierten.

Der 13. August 1961 im SFB-Fernsehen und im DFF war gewissermaßen der Show-Down der Erzfeinde - der Westen in der Defensive, der Osten mit dem Überraschungseffekt auf seiner Seite in der Offensive.

Am 14. August war der erste Schock überwunden. West-Berlin versuchte, zu reagieren und zu protestieren. Die Berliner Abendschau berichtet zunächst von der Versammlung einer Menschenmenge vor dem Brandenburger Tor.

Demonstranten rufen: "Freiheit der Zone" und "Berlin bleibt frei". Es wird ein Transparent hochgehalten mit der Aufschrift "Es gibt nur ein Deutschland".

Anschließend folgt ein Filmbericht über die Ankunft des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, CDU, auf dem Flughafen Tempelhof. Nach einem kurzen Statement begibt er sich zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister, Willy Brandt, zur Mauer in der Bernauer Straße.

Der nächste Beitrag beschäftigt sich mit der Situation an der Sektorengrenze; die Kamera schwenkt über die Grenzanlagen und die sie bewachenden Soldaten. Sie versucht, die Reaktion der Grenzpolizisten einzufangen. Tatsächlich grinsen einige in die Kamera, ein anderer streckt die Zunge heraus.

Im vierten Beitrag nehmen Erich Mende, der Bundesvorsitzende der FDP sowie Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU-Bundesfraktion und Bundesminister für besondere Aufgaben, zu den Ereignissen Stellung.

Dann folgt der Protestmarsch der Arbeiter von AEG-Turbine zum Schöneberger Rathaus. Hier wird zunächst eine Resolution verlesen:

"Die Belegschaft der AEG-Turbinen-Fabrik protestiert auf das Schärfste gegen die von der Zonenregierung getroffenen Maßnahmen der Abschnürung des Ost-Sektors von West-Berlin. Die Belegschaft erwartet vom Berliner Senat, der Bundesregierung und den Alliierten Gegenmaßnahmen, die der Zonenregierung

---

<sup>82</sup> Harold Hurwitz, Vortrag über die Einwirkungen..., S.11

klarmachen, daß die Freiheit Berlins unantastbar ist und daß die Verletzung der Menschenrechte nicht tatenlos hingegenommen wird...<sup>83</sup>

Dann folgt ein Auszug der Rede Willy Brandts:

..” Es sind einige dabei, die bis jetzt geglaubt haben, daß ihre Interessen am besten bei der Einheitspartei aufgehoben wären, es sind einige, die sich überlegen, das Parteibuch zu zerreißen...<sup>84</sup>

Anschließend der Aufruf an die Grenzpolizisten: “Laßt Euch nicht mißbrauchen, auf Berliner, auf Eure Landsleute zu schießen...”

Der gesamte Beitrag hat eine Länge von 4'45" . Die Übertragung der Rede im Rundfunk hatte eine Länge von 15'03". Es versteht sich von selbst, daß das Fernsehen bei der Vorgabe einer bestimmten Sendelänge - die “Abendschau” hatte ca. 20 Minuten am Tag - selektierte, d.h. daß das gedrehte Filmmaterial geschnitten wurde und nur bestimmte Bilder und Töne, z. B. hier nur bestimmte Passagen der Rede Willy Brandts, über den Sender gingen. Diese beiden Aussagen des Regierenden Bürgermeisters - Absage an die SED-Sympathisanten im Westen, Aufforderung an die Grenzpolizisten, den Schießbefehl zu verweigern - schienen dem verantwortlichen Redakteur am wichtigsten zu sein.

Nach einem weiteren Bildbeitrag über die von den Gewerkschaften initiierte Arbeits- und Verkehrsruehe, die am 14.8. von 14 bis 14.15 Uhr stattfand und dem Protest der West-Berliner Bevölkerung Ausdruck geben sollte, ist der Kommentar des damaligen Chefkomentators, Matthias Walden, in einer Länge von 6'15" erhalten. Walden ist sichtlich betroffen:

...”Die SED nennt, was sie getan hat, normale Maßnahmen, wörtlich: zum Glück des deutschen Volkes. Und die Zyniker aus dem SED-Stall reiben sich die Hände, wenn sie uns überführen, davon betroffen zu sein. Sie verhöhnen unsere Betroffenheit, aber es ist jetzt gleichgültig, was diese Kretins aus dem SED-Stall sagen...”

Er versucht zu begründen, warum Regierung und Alliierte nicht entschlossen

---

<sup>83</sup> Berliner Abendschau vom 14.8.1961, SFB-Fernseharchiv

<sup>84</sup> Ebd.

eingreifen und ruft indirekt zu Protestmaßnahmen der Bevölkerung auf:

“Ich weiß, daß viele auf beiden Seiten des Stacheldrahts sich dagegen auflehnen, daß auf unserer Seite zunächst nur geredet wird, daß der Westen nichts tut, aber der Westen, das sind wir. Das sind nicht nur eine Handvoll Politiker, von denen man jetzt Zauberkräfte verlangt...”

Im folgenden greift er das Argument der SED-Regierung auf, der Osten müßte sich durch den Mauerbau gegen die militärische Aggression des Westens schützen:

“Wir wollen, was Recht ist und die SED tut, was Unrecht ist. Wären wir die Kriegstreiber und Militaristen, die wir angeblich sind, dann hätten wir seit gestern Krieg...”

Ebenso, wie es für ihn feststeht, daß dem DDR-Regime nur mit Waffengewalt beizukommen wäre, verbietet sich eine solche Lösung mit militärischen Mitteln gleichermaßen. Walden setzt von Anfang an darauf, daß sich die totalitäre Herrschaft in der DDR nicht für immer etablieren kann:

“Wir sehen doch, daß sich die SED, die wir nicht von heute auf morgen beseitigen können weil sie ein Problem der Waffen ist, selbst zu beseitigen begonnen hat. Sie gibt sich auf mit dem, was sie hier errichtet hat.”

Dies war zu diesem Zeitpunkt eine kühne und durchaus prophetische Behauptung. Sie implizierte, daß ein System, das vorgibt, nur das Beste für das Volk zu wollen, ja gar das Volk selbst zu sein, sich ad absurdum führt, wenn es dieses Ziel nur mit Zwang und Gewalt erreicht.

“Das, was sich seit gestern abspielt, hat keine Zukunft. Auch Stalin und seine Methoden gingen vorüber, weil sie nur abschreckend und nicht zu halten waren...”

Auch wenn die Sowjetunion und damit die ihr angehörigen Staaten sich inzwischen vom Stalinismus losgesagt hatten und sich mit Chruschtschow eine gemäßigtere Linie durchgesetzt hatte, so hieß das doch nicht, daß die leninistische KPdSU eine wie auch immer geartete Opposition zuließ.

...”Auch das dort (die Grenzanlage - Anm.d.Verf.) wird vorübergehen, wenn wir uns nicht einreden lassen, wir wären schwach, und wenn wir die Gewalt der Täter nicht

mit Stärke verwechseln.“<sup>85</sup>

Die Abendschau am 15. August brachte nach einführenden Berichten über die Situation an den Sektorengrenzen ein Interview des Chefredakteurs Eberhard Kruppa mit dem aus Bonn angereisten Parlamentspräsidenten Eugen Gerstenmaier.

Kruppa bezweifelt, daß man sich in Westdeutschland über die Tragweite der Absperrmaßnahmen für West-Berlin im klaren ist:

...”Glauben Sie, Herr Präsident, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den Ernst der politischen Situation erkannt hat, ich denke jetzt vor allem an die Bevölkerung der Bundesrepublik, der man ja oft, sosehr man sich vor Verallgemeinerung hüten muß, ein etwas träges Wohlstandsdenken nachsagt...” Gerstenmaier:” Man muß den Deutschen konzidieren, daß ihr Bedarf an großen weltpolitischen Störungen gedeckt ist - aber schließlich und endlich muß man wissen, wo der Spaß aufhört...und ich glaube, daß durch diesen brutalen Gewaltakt immerhin nun auch denen, die sich mit aller Kraft ihres Herzens am Ideal des Friedens festhalten, doch der gewaltige Ernst der Situation zum Bewußtsein gekommen ist und daß man deshalb wohl sagen kann, daß diese Maßnahme das ganze deutsche Volk konfrontiert mit der Weltsituation, so wie sie ist und mit den Risiken, die darin liegen...

Ich bin überzeugt davon, daß wenn die Regierung, wenn der Bundestag, daß wenn die freie Welt zu entsprechenden Beschlüssen kommt das deutsche Volk in seiner großen und überwältigenden Mehrheit willig und bereit die notwendigen Konsequenzen tragen wird.”

Dies klang nicht unbedingt danach, daß die westdeutsche Bevölkerung sich angesprochen fühlte von den Ereignissen in Berlin; ganz zu schweigen davon, daß irgendwelche Protestmaßnahmen zu erwarten waren. In ihren Augen stellte sich Berlin offensichtlich als Problemfall dar, der den reibungslosen Übergang zum Wirtschaftswunder und den Erhalt des Friedens gefährdete; die Regierung selbst wartete auf Anweisungen der Alliierten; man wollte mit Sicherheit nicht auch noch

---

<sup>85</sup> Matthias Walden, Abendschau-Kommentar v. 14.8.1961, SFB-Fernseharchiv



den Transitverkehr gefährden oder durch scharfe Reaktionen den Osten zu weiteren Handlungen provozieren.

Kruppa wirft noch die Frage eines Volksentscheides über die deutsche Einheit auf - abgesehen davon, daß dies eine unrealistische Option gewesen wäre, erklärt er die Frage selbst für müßig, da es wohl keinen Zweifel am Willen des deutschen Volkes zur Einheit geben könne.

Im Mitteldeutschen Tagebuch, einer SFB-Sendung, die am 15. August bundesweit ausgestrahlt wurde und die sich eigentlich mit einem Streifzug über die Ostseeküste von Mecklenburg und Vorpommern beschäftigen sollte, wurde das Thema aus aktuellem Anlaß kurzfristig geändert. Die Sendung widmete sich ausschließlich dem Thema "Berlin". Der erste Beitrag beginnt mit Bildern, die vier Tage zuvor entstanden sind: Touristen am Brandenburger Tor und vor dem Sowjetischen Ehrenmal. Der Kommentar im Off: "Für Menschen, die nicht in Berlin leben, mag ein Händedruck mit einem sowjetischen Soldaten einen besonderen Reiz haben und ein Erinnerungsphoto mit uniformierten Sowjetsoldaten würde sicherlich zu Hause stolz gezeigt werden..."<sup>86</sup>

An dieser Stelle wird deutlich, daß die West-Berliner nicht erst seit der offiziellen Teilung sich vom Rest der Republik unverstanden fühlten. Hier, in Berlin, hatte der Einmarsch der Sowjettruppen 1945 den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen, hier war man dem Eisernen Vorhang am nächsten.

Es folgt ein Beitrag über die Absperrmaßnahmen der ersten zwei Tage. Zu Bildern vom Potsdamer Platz wird kommentiert:

"Ständig inspizieren Offiziere der Volksarmee die Befestigungen. Sie warteten auf das, was sie West-Berliner Provokation nannten. Aber die Provokateure standen auf der östlichen Seite: am 13. August wurde Berlin wirklich geteilt."

Hier kommt abermals zum Ausdruck, daß die Teilung der Stadt, bevor sie durch die Mauer zementiert wurde, schon vorher bestand; die ideologischen und wirtschaftlichen Gräben waren unüberbrückbar.

---

<sup>86</sup> Mitteldeutsches Tagebuch v. 15.8.1961, SFB-Fernseharchiv

Dann sind Bilder von kleinen Kindern zu sehen, die, fein herausgeputzt, an der Hand einer Erwachsenen zu den Grenzpolizisten laufen und ihnen Blumen überreichen. Der SFB-Reporter ist hierüber besonders empört:

“Und nun erleben wir ein Beispiel eines kranken Gehirns: diese kleinen Kinder - keins von ihnen geht schon zur Schule - haben die Propagandisten in Marsch gesetzt - vermutlich wird man morgen lesen, sie seien spontan gekommen”.

In einem weiteren Beitrag des “Mitteldeutschen Tagebuchs” zeigt man Ausschnitte aus Sendungen des DDR-Fernsehens vom 13. und 14.8. - allen voran aus der Sendung “Der Schwarze Kanal” von und mit Karl-Eduard von Schnitzler.

Zunächst leitet der SFB-Moderator über von den Berichten über den Mauerbau zu folgendem Bericht:

“Das waren Bilder der ersten drei Tage der Zerreißung Berlins. Sie sahen Bilddokumente der schändlichen Tat, die das Ost-Berliner Regime in Szene setzte, um nicht Bankrott erklären zu müssen. Aber diese Willkür ist nichts anderes als eine Kapitulationserklärung. Was in den letzten 16 Jahren durch die Politik der Kommunisten in Mitteldeutschland verbockt, verfahren und angerichtet worden ist, soll mit einem Gewaltstreich beseitigt werden. Und sehen Sie sich bitte noch an, was die Ost-Berliner Propaganda zu diesem 13. August sagt. Hören Sie diesen Zynismus und diese Gemeinheit, die Überheblichkeit und die Phrasen und die schäbigen Rechtfertigungsversuche. Wir haben einigen Aussagen Bilder dieser Tage gegenübergestellt, die entlarvender sind als jede Kommentierung...”

Es folgt der O-Ton Karl-Eduard von Schnitzler:

“Auf unserer Seite ist nicht nur das Recht, sondern auch die Macht, und die Macht ist bei uns in guten Händen.”

Es ist schon beeindruckend, in welcher Offenheit hier das Dogma “ Wer die Macht hat, hat das Recht” verkündet wird. In dem Nebensatz ... “und die Macht ist bei uns in guten Händen” wird die Legitimation der Macht durch das Recht sogar als obsolet betrachtet.

“Wir haben heute ohne irgendwelche West-Berliner Interessen zu verletzen von unserem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht und eine solche Kontrolle an unseren Grenzen eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist.

Wir bewachen unsere Grenzen verlässlich und kontrollieren wirksam.”

An dieser Stelle wird dem Text das Bild eines kleinen Jungen unterschritten, der am Stacheldrahtzaun steht und daran rüttelt. Der Text geht weiter:

“Das tut nur dem weh” - an dieser Stelle stößt sich der Junge am Zaun - “und wird lediglich von dem mit Wutgeheul begleitet, dem eine Bewachung unserer Grenzen hinderlich ist und der eine Kontrolle zu fürchten hat”.

Anschließend folgen noch Ausschnitte von Wortbeiträgen weiterer Ideologen der SED: “Heute erkennen doch viel mehr Menschen und sie werden sich noch weiter damit beschäftigen müssen, das mit diesen Leuten, die Kriegsprovokationen gegen das eigene Volk vorbereiten, daß mit diesen Leuten keine Einheit möglich ist, daß die Einheit nur geschaffen werden kann durch die Kraft der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik...daß die Einheit Deutschlands nur geschaffen werden kann, wenn die Militaristen in Westdeutschland gezwungen werden, abzutreten...”

In dieser Phase der ideologischen Auseinandersetzung war dem Kalten Krieg eine latente Kriegsdrohung immanent; aus den ehemaligen Verbündeten des Zweiten Weltkrieges, die gemeinsam NS-Deutschland zur Strecke gebracht hatten, waren erbitterte Feinde geworden, die ein Wettrüsten zum Zwecke der Abschreckung betrieben.

Dies waren jetzt Auszüge aus den Beiträgen des SFB an den ersten drei Tagen des Höhepunktes des Kalten Krieges: der Teilung Berlins.

An dieser Stelle kann man einmal darüber sinnieren, wie die Medienlandschaft ohne den SFB zu diesem Zeitpunkt ausgesehen hätte. Die Rundfunkberichterstattung hätte vermutlich - allerdings nicht auf dieser Frequenz und mit der Reichweite in den Ostsektor - auch vom NWDR Berlin übernommen werden können. Entscheidend aber waren die

Fernsehübertragungen, und da ist es allerdings recht unwahrscheinlich, daß der Aufbau des Fernsehens und der regionalen Berichterstattung in diesem Umfang erfolgt wäre, wenn es nur eine NWDR-Dependance in Berlin gegeben hätte

Also fiel dem SFB ganz eindeutig eine Schlüsselrolle zu - er war sozusagen das "Fenster des Westens" zum Osten, er war der Informationslieferant für die West-Berliner, ihr Interessenvertreter und der Verbreiter ihres Appells an die Aufmerksamkeit der westdeutschen Republik. Die Bilder, die der SFB lieferte, gingen um die ganze Welt; dennoch hatte er bei der Programmgestaltung innerhalb der ARD nicht die Federführung inne. Die westdeutschen Diskussionen über die Lage Berlins, die im Programm plaziert wurden, wie der Internationale Frühschoppen, zeugten nicht unbedingt von einer Verbundenheit West-Deutschlands mit der geteilten Stadt. Man hat eher den Eindruck, als würde die Diskussionsrunde bei Werner Höfer von einem Ort auf einem fernen Planeten reden, dessen Schicksal zwar bedauerlich, aber unabänderlich ist. Für die Zuschauer im Ostteil der Stadt, die sich ihre Informationen nicht über den DFF, sondern das Westfernsehen holen wollten, muß die Ohnmacht der Verantwortlichen und die Betroffenheit der Journalisten deutlich spürbar gewesen sein. Die Hoffnung auf ein vereintes Deutschland und die Abschaffung des "Unrechtsregimes", wie die DDR-Regierung immer wieder in den westlichen Medien genannt wurde, war mit einem Schlag zunichte gemacht worden.

An dieser Zuspitzung der ideologischen Auseinandersetzung wird die eminent wichtige Rolle der Medien, insbesondere des noch in der Weiterentwicklung und -verbreitung befindlichen Mediums Fernsehen deutlich. Die Richtlinien für das Fernsehen der DDR wurden langfristig auf den SED-Parteitag, kurzfristig vom Politbüro vorgegeben und bildeten die Grundlage für Inhalt und Sprache der Sendungen. Demgegenüber wirkte im Westen eine scheinbar homogene, aber in Wirklichkeit von diffusen Interessen bestimmte heterogene bürgerliche Öffentlichkeit in den Medien. Für den SFB und insbesondere die

Abendschau bedeutete dies, daß zunächst angesichts der ungeheuerlichen Teilung Berlins unter den parteigebundenen Redakteuren einhellige Empörung herrschte, sich aber mit zunehmender Dauer des Ist-Zustandes verschiedene Positionen zu formen und zu artikulieren begannen.

“...mit dem Bau der Mauer wandelte sich die Bedeutung Westberlins als “Frontstadt”. Berlin war nicht mehr das “Schaufenster des Westens”. Durch die Entspannungsbemühungen der beiden Weltmächte blieb Berlin auch nicht mehr länger Krisenherd.”

Am 27. August sendete die ARD einen SFB-Beitrag, ein zeitgeschichtliches Dokument von Rang, den Film “Die Mauer” von Matthias Walden - bis heute in dieser Form die Grundlage jeder Dokumentation zur Teilung der Stadt und sämtlicher Filme, die die Geschichte Berlins und den Kalten Krieg zum Thema haben.

“Die Mauer” ist eine künstlerisch hochwertige Montage entscheidender Szenen der ersten Tage der Teilung Berlins, begleitet von den heutzutage prophetisch anmutenden Kommentaren Waldens:

“Wer das hier sieht, weiß, daß es vorübergehen wird. Es ist eine Frage der Zeit, wann es zu Ende geht, aber daß es eine Frage der Zeit ist, darin liegt die Tragödie der Betroffenen und betroffen ist das deutsche Volk auf beiden Seiten der Mauer.”<sup>87</sup>

Er kommt gleich eingangs auf den ersichtlichen Grund für die “Vivisektion einer Stadt und eines Volkes” zu sprechen: in den letzten 15 Jahren waren 3 Mio. Bürger aus dem Osten in den Westen übergesiedelt.

“Hier an diesem Stacheldraht enden die Illusionen derer, die schon geglaubt hatten, Deutschland habe den Krieg gar nicht verloren, sondern den Frieden gewonnen. Das hier ist nicht Frieden. Es ist schlimmer als Kalter Krieg, und es ist kaum noch Waffenstillstand...”

Angesichts von Stacheldraht, Panzern und Maschinengewehren war Walden

---

<sup>87</sup> “Die Mauer”, Autor: Matthias Walden, Erstsendung 27.8.1981, SFB-Fernseharchiv

fast versucht, von Krieg zu sprechen; die bewaffnete Bedrohung des Individuums bei Überschreiten der Grenze war ein Gewaltakt, aber dennoch und gerade stellvertretend für den eigentlichen, nicht zu führenden Krieg. Er stellt noch einmal klar, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hat und die Teilung das Ergebnis eines immer noch nicht erzielten Friedensabkommens war. Die Begründung der SED-Führung, nur aus friedlichen Motiven gehandelt zu haben, empfindet er als Provokation: "So sieht er aus, der sogenannte erste Friedensstaat der deutschen Geschichte. Für Moskau und seine politischen Hehler endet an dieser Mauer die Illusion einer Deutschland-Politik, deren Ziel es war, die Deutschen für den Kommunismus zu gewinnen. Hier enden die Illusionen der schlechten Propaganda für eine schlechte Sache und die Illusionen der Hoffnung auf Machtausdehnung. Nach eineinhalb Jahrzehnten vergeblicher Offensive mauern sich die Angreifer ein."

Der Begriff "Kommunismus" war im politischen Diskurs gleichbedeutend mit dem stalinistisch-leninistischen System in der Sowjetunion und allen Staaten, die der Sowjetunion inzwischen mehr oder weniger freiwillig gefolgt waren. Daß es durchaus noch ein anderes Verständnis von Kommunismus geben könnte, was mit der "Diktatur einer Partei über das Proletariat" nichts gemein hätte, war angesichts der realen Verhältnisse schwer zu vermitteln. In der Tat hatte es seit der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts keine freiheitlich-sozialistische Bewegung in Deutschland mehr gegeben. Kommunisten und Sozialisten hatten sich als unfähig erwiesen, gemeinsam dem aufkeimenden Nationalsozialismus zu trotzen.

So mußte der Kommunismus Walden als "schlechte Sache" erscheinen, der es nur um "Machtausdehnung" ging.

"Der Kommunismus hat an dem einzigen, winzigen Stück offener Grenze zur Welt der Freien, an der einzigen Lücke zum Eisernen Vorhang, den Vergleich nicht ertragen und deshalb mauerte er sich und mit sich die Menschen in

seinem Herrschaftsbereich ein.”

Die Lücke zum Eisernen Vorhang, die Achillesferse der “sozialistischen Bruderstaaten”, mußte, wie Schnitzler ja in seinem Kommentar am 13. August erwähnte, geschlossen werden, um die Agenten und Spitzel am Eindringen zu hindern; die Vorstellung, das westliche System könnte dem östlichen überlegen sein, läge ihm natürlich fern; vielmehr wirft er dem Westen vor, den Kommunismus zu verteufeln. Lenins Maxime “Kritik, Selbstkritik, Einheit” - auf die bolschewistische Partei bezogen - hätte Schnitzler und den Ideologen der SED gut angestanden; in Wahrheit war es bekanntlich so, daß jede Kritik tabu und die Einheit erzwungen war.

Walden indes ist sich bewußt, daß das westlich-kapitalistische System durchaus auch mit Fehlern behaftet ist.

Für den Film “Die Mauer” wurde die Flucht eines Volkspolizisten inszeniert; es war ein Wachhabender auf einem Friedhofsgrundstück, der auf ein verabredetes Zeichen hin sich von seinen Kollegen entfernte und rasch über den schmiedeeisernen Zaun kletterte. Hernach saß er bei Matthias Walden im Studio und wurde befragt, ob er auf seine Landsleute geschossen hätte. “Nein”, sagt er, er hätte niemals schießen wollen, und deshalb wäre er auch geflüchtet. Am nächsten Tag sitzt er im Café Kranzler und staunt über den Westen; man hätte drüben erzählt, daß der Westen alles Geld in die Rüstung stecke und allerorten Militär präsent wäre; stattdessen hätte er jetzt den Eindruck, im Schlaraffenland zu sein und Rüstung gäbe es überhaupt nicht. Darauf Walden in seinem Off-Kommentar:

“Ein Schlaraffenland gibt es in der Bundesrepublik natürlich nicht und in der Bundesrepublik w i r d gerüstet!”

Im Folgenden wird der Fall eines jungen SFB-Mitarbeiters geschildert, der in Ost-Berlin verhaftet worden war, weil er seine Verlobte mit einem Trick nach West-Berlin holen wollte. Nun saß er vor Gericht; für den “Versuch der Umgehung der Gesetze der DDR” wurde er zu fünf Jahren Haft verurteilt. In der Anklage ist immer wieder vom Ostteil der Stadt als dem “demokratischen

Berlin" die Rede.

Bilder von Soldaten, die mit Panzern an den Sektorengrenzen Stellung bezogen hatten, kommentiert Walden so:

“Die SED feiert das wie ihren Sieg - die bewaffneten Wächter werden wie Helden gefeiert, die eine Schlacht gewonnen hatten. Böse Erinnerungen an die kriegerischen Nazis werden wach...”

Die Analogie zu den Nationalsozialisten bleibt hier natürlich sehr vordergründig und assoziativ. Meines Erachtens folgt Walden hier nicht der Totalitarismustheorie, sondern setzt das Phänomen Krieg mit der Erfahrung aus dem gerade erlebten Nationalsozialismus gleich, an den er sich durch alles, was militaristisch ist, erinnert fühlt. Solange die Panzer in den Kasernen blieben, war die Wiederbewaffnung der beiden deutschen Staaten abstrakt; hier, vor der eigenen Tür, mit ihnen konfrontiert zu werden, muß eine massive Erinnerung an Kriegszeiten geweckt haben.

Der Besuch des amerikanischen Außenministers Lyndon B. Johnson am Tag des Mauerbaus war von Lippenbekenntnissen und Durchhalteparolen geprägt. Berlin sei ein Vorbild für die ganze freie Welt:

“Die Kommunisten haben die Stadt geteilt, aber sie haben uns noch stärker geeint als bisher”.

Die Demonstration einer gewissen Handlungsbereitschaft von seiten der westdeutschen Alliierten war die Ankunft von Einheiten der alliierten Truppen in der Stadt. Der Einmarsch wurde von der Bevölkerung begeistert begrüßt. Zum Besuch Johnsons zitiert Karl-Eduard von Schnitzler:

“So schickten sie den Rechtsten, den gegen Freiheit und Selbstbestimmung der amerikanischen Neger kämpfenden Südstaatler Johnson, um Willy Brandts Freiheit und Selbstbestimmung zu retten und dem Gebrochenen eine kleine Stütze zukommen zu lassen...”

Diesen Satz Schnitzlers läßt Walden unkommentiert; der Sarkasmus soll für sich selbst sprechen.

Der Film endet mit Aufnahmen aus der Luft - lange Schwenks über die



Befestigungsanlagen im geteilten Berlin - und den Worten:

“Das ist es, woran die Freiheit, die wir meinen, sehr leicht und auch für Primitive zu erkennen ist: ob ein Staat seine Bürger daran hindert, ihn zu verlassen oder nicht - ob er sie kommen und gehen läßt oder ob er sie im Käfig hält.

Es ist zu befürchten, und es gibt erste, finstere Anzeichen dafür, daß Ulbricht jetzt, da er seinen staatlichen Torso zu einem großen KZ gemacht hat, keine Rücksicht mehr zu nehmen glaubt.

Auch die Despoten haben Grenzen im doppelten Sinne des Wortes.”

Den Glauben an die Wiedervereinigung hält Walden aufrecht, wohl ahnend, daß es sich nicht um eine Wiedervereinigung unter DDR-Vorzeichen handeln würde, denn er setzte den Impetus der Freiheit voraus.

Zu diesem Zeitpunkt konnte sich die bürgerliche Öffentlichkeit hinter der Aussage des Films “Die Mauer” des nicht parteigebundenen Matthias Walden versammeln. Jahre später galten seine Kommentare als revanchistisch und dem Kalten Krieg verhaftet.

Wenn man dem Begriff “Propaganda” die Definition zugrunde legt, daß es sich um die systematische Verbreitung politischer und weltanschaulicher Ideen und Meinungen mit massiven publizistischen Mitteln handelt mit dem Ziel, das allgemeine politische Bewußtsein in bestimmter Weise zu beeinflussen, so kann und muß man sowohl den Berliner Rundfunk und den Deutschen Fernsehfunk (DFF) als auch den Sender Freies Berlin und den RIAS als Propagandasender bezeichnen, allerdings mit dem Unterschied, daß es sich im Osten um eine staatlich verordnete Propaganda handelte. Im Westen hingegen war die Propaganda Produkt eines differenzierten gesellschaftlichen Konsenses, der auch alternativen Meinungen Raum gab. Die von Karl-Eduard von Schnitzler vertretenen Ansichten waren offizielle Verlautbarungen des ZK der SED, die Meinung Matthias Waldens war seine höchstpersönliche Meinung, die sich zwar im Prinzip mit der bürgerlich-westlichen Ideologie deckte, in ihrer Konsequenz aber unbequem und von daher nicht opportun war.

Propagandasendungen des SFB gaben sich solch' schöne Titel wie "Wir sprechen für die Zone", eine Sendereihe, die kurz nach dem Bau der Mauer ins Leben gerufen wurde und bis zu ihrer Einstellung am 28. März 1963 in immerhin 39 Folgen in der ARD lief.

Verantwortlich war die Redaktion Ost-West, als Redakteure fungierten der CDU-nahe Herbert Hausen und der SPD-nahe Eberhard Kruppa. Die einzelnen Folgen behandelten z.B. die Wahlen in der DDR (Sendung vom 25.9.1961) oder die Lebensmittelversorgung in der DDR (Sendung vom 26.11.1962). Folge 10 vom 9.10.1961 hatte den Untertitel "FDJ und HJ im Vergleich" und brachte ein Interview mit einem Flüchtling über seinen Dienst in der Nationalen Volksarmee. Unter dem Titel "Notstand" wurden in der Sendung vom 23.2.1963 Parallelen zwischen der Notstandsverordnung im Nationalsozialismus und entsprechenden Erscheinungen in der DDR festgestellt.

Das "Mitteldeutsche Tagebuch", das zum ersten Mal am 18.8.1956 und ab dann in lockerer Folge bis zum Jahre 1965 in der ARD gesendet wurde, gab den einzelnen Folgen zum Beispiel folgende Inhaltsangaben:

"Bericht über die Oder-Neiße-Linie, die sogenannte Friedensgrenze, bei Frankfurt an der Oder und Guben an der Neiße" (Folge 1 vom 18.8.1956)

"Bericht über die Probleme der ostzonalen Landwirtschaft" (Folge 11 vom 11.4.1958)

"Bericht über den widernatürlich geteilten Harz" (Folge 53 vom 4.4.1963)

"Reise durch das alte Kulturland Mecklenburg, das durch die Zonengrenze abgetrennt ist" (Folge 60 vom 18.7.1964).

Sendungen wie diese verstanden sich als Agitation gegen das "Unrechtsregime" im Osten. Das Wort "Unrechtsregime" war die demagogische Bezeichnung für einen Staat, der keine freien Wahlen und keine Reisefreiheit zuließ. Die DDR war die "Sowjetzone", ein von Russen besetztes Gebiet, dessen Bürger kein Selbstbestimmungsrecht hatten. Das Bild vom Kommunismus, welches das SFB-Fernsehen vermittelte, basierte auf zusammengesetzten Berichten. Da es der ARD bis 1974 nicht möglich war,

einen Korrespondenten und Kameraleute nach Ost-Berlin zu schicken, war die Abendschau darauf angewiesen, Bildmaterial aus der "Aktuellen Kamera" zu nutzen. Zu diesem Zwecke wurden im SFB alle Sendungen der AK mitgeschnitten. Die Berichte bestanden dann aus Bildern der AK, die aber mit einem SFB-Kommentar versehen waren. Zum Thema "Mißernte" wurden dann z.B. die Mähdrescher der LPG gezeigt und dazu erzählt, daß es den Kolchose-Bauern nicht gelungen war, die Ernte einzufahren (in der Tat gab es durch Zwangskollektivierungen und Planwirtschaft massive Probleme bei der Nahrungsmittelproduktion). Umgekehrt lief es ebenso, auch der DFF schnitt fleißig alle Sendungen des SFB mit, um sie ausschnittweise im "Schwarzen Kanal" zu verwenden.

Ungeachtet dessen, daß es sich in der DDR um ein totalitäres System handelte, das dem einzelnen Bürger keine Artikulationsmöglichkeiten bot, war der Anspruch von RIAS, SFB und Westberliner Presse, Sprachrohr der "Zonen"-Bevölkerung zu sein, doch recht anmaßend. Dahinter stand der Gedanke, daß die im doppelten Sinne (wirtschaftlich und politisch) armen Brüder und Schwestern im Osten sich ihr Schicksal nicht hatten aussuchen können, als sie der Sowjetunion zugeschlagen wurden. Allerdings geschah die Anbindung Westdeutschlands und Westberlins an die Westmächte ja auch nicht aus freien Stücken, sondern als Konsequenz des verlorenen Krieges. Hier wurde aber die Entscheidung durch wirtschaftliche Unterstützung, ein großes Warenangebot und ein - mindestens nominell - demokratisches System versüßt.

Die Terminologie des Kalten Krieges war auf beiden Seiten von Vorgaben geprägt. Was den einen "Westdeutschland" und das "Adenauer-Regime" war, war den anderen die "Zone" und das "Ulbricht-Regime". Was den einen der "antifaschistische Schutzwall" war, war den anderen die "Schandmauer". Für Rundfunk und Fernsehen im Westen gab es allerdings keine vorgeschriebene Sprachregelung, mit einer Ausnahme: laut Beschluß der ARD-Programmkonferenz im Jahre 1954 sollte die Bezeichnung DDR tunlichst

vermieden werden.<sup>88</sup> Da die Presse den Begriff DDR in Anführungszeichen setzte, was für das gesprochene Wort nicht möglich war, hielt man es wohl für besser, ganz darauf zu verzichten. Im übrigen war es verpönt, das Kürzel "BRD" zu verwenden; stattdessen mußte es immer ausgeschrieben bzw. ausgesprochen "Bundesrepublik Deutschland" heißen.

### 2.3 Berlin als "Insel"

Was die zentrale Frage, nämlich die Berlin-Problematik anbelangte, war die östliche Propaganda, wie sie auch von der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) verbreitet wurde, auf folgender Argumentationskette aufgebaut:

Westberlin sei kein der Bundesrepublik Deutschland zugehöriges Land, es liege inmitten der DDR und könne von daher bestenfalls den Status einer selbständigen politischen Einheit haben. Die Anti-Hitler-Koalition hätte die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland vorgesehen. Durch die Gründung der Bundesrepublik wäre die Spaltung Deutschlands vollzogen worden. Die Gründung der DDR wäre eine Antwort auf die Bildung des "deutschen Separatstaates" gewesen, allerdings unter Ausdruck der Tatsache, daß sie nicht gewillt wäre, sich mit der Spaltung abzufinden. Westberlin sei der vorgeschobene Schützengraben im Kalten Krieg gegen die sozialistische Welt.

Demgegenüber stand die westliche Propaganda, die folgendes besagte: trotz der Besetzung Deutschlands und seiner Aufteilung in Besatzungszonen hätte die Einheit Deutschlands Bestand haben sollen. Die Sowjetunion habe den Bestand der Koalition über den Krieg hinaus torpediert, indem sie den Alliierten Kontrollrat verlassen hätte. Die von Stalin angeordnete Berlin-Blockade führte zu einer massiven Verhärtung der Fronten. Das Argument, das

---

<sup>88</sup> Vgl. Maral Herbst, "Demokratie und Maulkorb", S. 159

Territorium Berlins sei nur von sowjetischen Truppen eingenommen worden und falle damit nach dem Eroberungsprinzip der Sowjetunion zu, sei nicht stichhaltig, da dann Teile Sachsens, Thüringens und Mecklenburgs, die von den westlichen Alliierten erobert wurden, auch nicht der Sowjetunion zugeschlagen werden dürften.

Westberlin sei politisch, wirtschaftlich und kulturell an die Bundesrepublik gebunden; die Wahlen hätten gezeigt, daß die Bevölkerung dort die SED ablehne (bei den Wahlen 1958 hatte die SED 1,9%, 1967 2% der Stimmen erhalten).

Nach dem traumatischen Ereignis der Teilung der Stadt ging es also für West-Berlin in den sechziger Jahren darum, den Status der Stadt aufrechtzuerhalten. Der ungehinderte Zugang auf den Transitstrecken mußte gewährleistet bleiben, die Anbindung an die Bundesrepublik hatte oberste Priorität. Die wirtschaftliche Lage mußte mit Unterstützung aus dem Westen konsolidiert werden. Auch für den SFB war es wichtig, weiterhin an die ARD angebunden zu sein und durch den Länderfinanzausgleich alimentiert zu werden, denn das Gebührenaufkommen war durch die vergleichsweise geringe Einwohnerzahl und im Verhältnis große Anzahl von Rentnern gering.

Im Gegensatz dazu, daß Arbeitskräfte durch die Berlin-Zulage in die Stadt gelockt werden mußten - am 29. Juni 1962 hatte der Bundestag das "Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West)" verabschiedet - war Westberlin für Studenten aus dem Bundesgebiet als Wohnsitz durchaus attraktiv. Durch den militärischen Sonderstatus der Stadt mußte hier kein Wehrdienst geleistet werden.<sup>89</sup> Es kamen so viele Studierwillige an die Freie und die Technische Universität, daß die Hörsäle bald überfüllt waren. Bei den ersten Auseinandersetzungen um Studienreformen reagierte die Universitätsleitung unflexibel und autoritär und verschärfte den Konflikt auf diese Weise. Parallel

---

<sup>89</sup> Eine INFAS-Umfrage vom Nov./Dez. 1967 ergab, daß 93% der befragten FU-Studenten keinen Wehrdienst abgeleistet hatten (Student und Öffentlichkeit, S. 203, Hurwitz-Deposition, ZA für Emp. Sozialforschung Köln)

dazu hatten sich viele Studenten im 1961 von der SPD im Zuge von Meinungsverschiedenheiten über die Wiederbewaffnung ausgeschlossenen Sozialistischen Deutschen Studentenbund organisiert. Mitte der 60er Jahre wurde dieser zum Kern der Außerparlamentarischen Opposition (APO). In der Stadt des Kalten Krieges und des Antikommunismus wurde jede Abweichung vom politischen Konsens mit größtem Argwohn registriert. Dabei waren sowohl die undogmatisch-antiautoritäre Ausrichtung der Mehrheit der APO als insbesondere auch die auf eine Zusammenarbeit mit dem Osten orientierende Minderheit, wie es sie noch im SDS gab, für die Bürger nicht akzeptabel.

Die Erfahrungen, die die Westberliner Bevölkerung mit dem Kommunismus gemacht hatte, waren gleichbedeutend mit dem Einmarsch der Russen, der Blockade und dem Bau der Mauer. Folglich war auch für Matthias Walden, der in dem Film "Die Mauer" für sich und viele seiner Landsleute sprach, und seine späteren Widersacher, studentische Vertreter der APO, die Ausgangslage eine höchst unterschiedliche.

Die Studenten, die überwiegend aus Westdeutschland zum Studium an die als Alternative zur Pflicht-Universität gegründete Freie Universität kamen, taten dies "aus freien Stücken" und hatten keinen Bezug zu den traumatischen Erfahrungen der Berliner, die in der Teilung der Stadt gipfelte.

Zum Generationen-Konflikt kam ideologische Schwarz-Weiß-Malerei hinzu: Verdammung des "Kommunismus" auf westlicher, Verurteilung des Kapitalismus auf östlicher Seite. Zumindest im westlichen Lager waren die Positionen in der Deutschland-Frage nicht einheitlich. Es mehrten sich die Stimmen, daß man sich mit den Gegebenheiten abfinden und die DDR anerkennen müsse.

Im Sender Freies Berlin war die unnachgiebige Haltung Waldens gegenüber dem SED-Regime nicht mehrheitsfähig - insbesondere der SPD nahestehende Redakteure warfen ihm vor, ein Kalter Krieger zu sein.

Obwohl sich die Berichterstattung in Funk und Fernsehen des SFB zum Thema

DDR und Ost-Berlin der Terminologie des Kalten Krieges bediente - es war in den Beiträgen immer von der "Zone" und "sogenannten DDR" die Rede - gab es innerhalb der Redaktionen auch Stimmen, die sich frühzeitig mit dem Status quo zweier deutscher Staaten und eines geteilten Berlin abfanden.

Alle Diskussionen der folgenden Jahre müssen vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß sich in Berlin zwei feindliche Systeme Auge in Auge gegenüberstanden und es zu keinem Zeitpunkt möglich war, einen ideologisch unbelasteten Diskurs zu führen.

Durch die Inselsituation kam es in Westberlin zu einer besonderen medialen Konstellation. Auf dem Pressesektor war der Springer-Verlag beherrschend; RIAS und SFB bestimmten das Rundfunk- bzw. Fernsehprogramm. Diese mediale Öffentlichkeit war durch einen massiven Antikommunismus und die uneingeschränkte Ergebenheit gegenüber den Alliierten, insbesondere den Amerikanern, geprägt. Auf die Zuschauer und Hörer bezogen, hieße das, daß sie einer großflächigen Manipulation ausgesetzt waren. Habermas hatte festgestellt, daß das Publikum der nichtorganisierten Privatleute "nicht durch öffentliche Kommunikation, sondern durch die Kommunikation der öffentlich-manifestierten Meinungen im Sog demonstrativ oder manipulativ entfalteter Öffentlichkeit beansprucht wird."<sup>90</sup>

Die konträre Sicht der Dinge, die die publizistische Auseinandersetzung zwischen Ost und West während des Kalten Krieges bestimmte, erfuhr eine Modifikation durch die Studentenbewegung, welche zur Verwirrung an der propagandistischen Front beitrug. Die DDR wählte in den Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg den Anfang einer Bewegung in ihre Richtung, während die westliche Öffentlichkeit zwischen Verdammung derselben aus eben diesem Grunde und der teilweisen Anerkennung einer gewissen Legitimation des Protestes schwankte. An dieser Stelle begann der SFB, sicher auch teilweise durch journalistische Neugier begründet, in Teilen seines Programms einen Kontrapunkt zu der vom Springer-Verlag veröffentlichten

---

<sup>90</sup> Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1990, S. 356/357

Meinung zu setzen, daß es sich bei den protestierenden Studenten nur um von Ost-Berlin gedungene Krawallmacher handele.

#### 2.4 "Wandel durch Annäherung" oder harter Kurs - das geistige Klima vor der Studentenrevolte

Sechs Jahre nach dem Bau der Mauer sollte West-Berlin zum Schauplatz der Studentenunruhen werden. Die Sozialisierung der Stadt als antikommunistisches Bollwerk, der über die Jahre hinweg geführte Kalte Krieg hatten maßgeblichen Einfluß auf die Resonanz der Studentenbewegung in der West-Berliner Bevölkerung und die Eskalation der Ereignisse. Da der Sender Freies Berlin, wie bereits ausgeführt wurde, die Rolle des "Anti-Zonen-Fernsehens" eingenommen hatte, war es nur logisch, daß im Ost-West-Blockdenken jede Kritik an den Zuständen auf westlicher Seite, in diesem Fall an den zum Hauptverbündeten erkorenen Amerikanern, als subversiv und vom Osten gesteuert betrachtet wurde. Ein unabhängiges Reflektieren über die Berechtigung der Forderungen war nicht möglich. Erschwerend kam hinzu, daß die Studentenbewegung den Finger in eine noch offene Wunde im Nachkriegsdeutschland legte: die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Daß es hierbei auch zu Mißverständnissen und Vorverurteilungen kam, belegt die Auseinandersetzung zwischen der APO und Chefkomentator Matthias Walden.

Am 15. Januar 1960 hatte Walden mit einer Sendung im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens, die er gemeinsam mit seinem Kollegen Peter Schultze gedreht hatte, für große Unruhe in der bürgerlichen Presse gesorgt. Der Vorwurf "Geistiger Landesverrat" galt einem Beitrag, der sich mit der Traditionspflege deutscher Soldatenverbände befaßte und kritisch aufzeigte, daß Zeremonielle und Rituale sich nicht unterschieden von denen, die bei Veranstaltungen in den zwanziger und dreißiger Jahren praktiziert wurden.

Dem Editorial des SFB-Jahrbuchs von 1959 war es wichtig, festzuhalten, daß es zur Arbeit und zur Glaubwürdigkeit gegenüber den Hörern in der Zone und in Ost-Berlin



gehöre, das politische Leben in der Bundesrepublik kritisch und ohne Schönfärberei zu kommentieren. Als Beleg dient ein Kommentar Matthias Waldens zum Prozeß gegen den ehemaligen General von Manteuffel am 23. August 1959:<sup>91</sup>

“...Hasso von Manteuffel ist der Prototyp dessen, was in Deutschland über viele Jahrzehnte, ja Jahrhunderte hinweg als non plus ultra deutscher uniformierter Männlichkeit galt. In Potsdam, jawohl in Potsdam geboren, Sohn eines Offiziers, Neffe eines berühmten Offiziers, als Kind schon in Kadettenuniform, Kämpfer im ersten Weltkrieg, Offizier n a c h dem ersten Weltkrieg. Karriere vor dem z w e i t e n Weltkrieg, steiler Aufstieg im zweiten Weltkrieg. Idol aller jungen, gläubigen Soldaten des Führers. Nach dem zweiten Weltkrieg Abgeordneter des Bundestages und - was durchaus für ihn einnehmen könnte - sogar fähig, in einem Zivilberuf einen - nun sagen wir in diesem Falle ruhig - seinen Mann zu stehen. Und jetzt ein Totschläger, schuldig befunden vor einem Ordentlichen Gericht, ein junges Leben ungesetzlich ausgelöscht zu haben.

Man könnte an eine Kurzschlußhandlung glauben, man könnte meinen, dem Herrn von Manteuffel seien damals in der verteuflten Lage des Krieges 1944 die Nerven eben doch einmal durchgegangen. Aber das trifft, wie Herr von Manteuffel selbst erklärte, durchaus n i c h t zu. Er glaubt noch heute, richtig gehandelt zu haben. Er nimmt reifliche Überlegung vor seinem Erschießungsbefehl in Anspruch und leugnet energisch, wie es sich für einen General gehört, ein schuldhaftes Verhalten.

Schließlich hatte er ja auch eine gesetzliche Grundlage für seinen Totschlag ins Feld zu führen: den Führerbefehl Nummer Sieben. Herr von Manteuffel berief sich auf diesen Führerbefehl, der es den Offizieren auferlegte, gegen Feigheit und Ungehorsam vor dem Feind mit der Waffe vorzugehen, als sei so ein Führerbefehl etwas ganz Natürliches. Einwandfreies, über alle Zweifel Erhabenes. Klein, drahtig, markant, elegant gekleidet, korrekt im Benehmen, selbstsicher bis zur Torheit, so saß er da - ein Herr, ein Offizier, ein Ehrenmann, ein deutsches Eliteprodukt mit einem Totschlag auf dem Gewissen und einem Führerbefehl im Hirn.

Die von den Zeugen bekundeten Tugenden des Ex-Generals sollen hier weder

---

<sup>91</sup> SFB-Jahrbuch von 1958/59, SFB-Bibliothek

bezweifelt noch bestritten werden. Ganz sicher hat Herr Manteuffel seinerseits geglaubt, recht zu handeln, ganz sicher war von hinreißender Tapferkeit und bestens Willens, dem zu dienen, was in seinem Kreisen pauschal als Vaterland umschrieben zu werden pflegt. Als Offizier eine Perle, als Mensch nicht. Sein Sohn war bei ihm, als das Gericht sein Urteil gefällt hatte. Der Vater des Delinquenten saß, als sein Sohn auf dem Schneefeld starb, irgendwo in Deutschland - natürlich. Anhänger und Bewunderer des Verurteilten verneigten sich nach dem Urteilsspruch von Düsseldorf tief vor dem Totschläger und drückten auch seinem Sohn in Ergebenheit die Hand. Es war ein gespenstischer Kontrast zu dem Händedruck des Armegeistlichen von 1944...”

Es gab im Laufe der späteren Auseinandersetzungen einiges aus der Feder Matthias Waldens (bürgerlicher Name: Otto von Saß), was sich nicht mit den Forderungen der Studentenbewegung deckte; eines konnte man ihm mit aber nicht vorwerfen: daß er sich nicht kritisch mit dem Nationalsozialismus und dessen Erbe auseinandergesetzt hätte.

Die Teilung der Stadt hatte indes Fakten geschaffen, die - so paradox dies klingen mag - die Voraussetzung für die schrittweise Beendigung des Kalten Krieges boten. “Erst mit dem Bau der Mauer wandelte sich die Bedeutung Westberlins als “Frontstadt”. Berlin war nicht mehr das “Schaufenster des Westens”. Durch die Entspannungsbemühungen der beiden Weltmächte blieb Berlin auch nicht mehr länger Krisenherd...”<sup>92</sup>

In der Zeit nach dem Mauerbau und der Teilung Berlins kristallisierten sich rasch zwei Fraktionen im westlichen Lager und in den Medien heraus. Die einen, zu denen auch Walden gehörte, vertraten den Standpunkt, daß jedwede Verhandlungen mit dem DDR-Regime abzulehnen seien, da sie zu nichts führten und den Status quo zementierten. Da man den anderen deutschen Staat nicht anerkennen wollte, um keine vollendeten Tatsachen zu schaffen, konnte man auch nicht mit ihm verhandeln. Diese Politik wurde größtenteils von der Bevölkerung getragen und von der Springer-

---

<sup>92</sup> Harold Hurwitz, Student und Öffentlichkeit, Der 2. Juni aus Westberliner Sicht, S. 36, ZA für empirische Sozialforschung Köln

Presse unterstützt.

“...Dennoch hatte sich an der in den vierziger/fünfziger Jahren geprägten Haltung der Berliner kaum etwas geändert. Die politische Rollenverteilung wurde von der Bevölkerung nur unzureichend wahrgenommen. Dabei spielte die Berliner Presse eine nicht unwesentliche Rolle, “denn die Presse hatte sich fast ausnahmslos die Rolle des “Hüters des Vorpostens” zu eigen gemacht...und sah ihre Aufgabe darin, durch Ansporn oder Kritik die Bevölkerung und die Führung Berlins in ihrem Durchhaltewillen zu bestärken...”<sup>93</sup> Dies war auch die Haltung des Chefredakteurs, Matthias Walden, und des Redakteurs Herbert Hausen, die diese nachdrücklich in Kommentaren und Sendungen vertraten.

Das andere Lager war bei der SPD zu suchen, die seit Februar 1963 mit der FDP einen sozialliberalen Senat in West-Berlin bildete. Ihr Presseamtschef, Egon Bahr, hatte auf einer viel beachteteten Rede im bayerischen Bad Tuzing am 15. Juli 1963 den Begriff “Wandel durch Annäherung” mit folgenden Worten geprägt:

“Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll.”<sup>94</sup>

Dieser Satz bot den Sozialdemokraten die Grundlage für Verhandlungen mit dem anderen deutschen Staat, die unter anderem zu Reiseerleichterungen durch das Passierscheinabkommen führte. Seit dem 17.12.1963 waren dann Besuche im Ostteil der Stadt möglich, allerdings zu bestimmten Bedingungen, zu denen ein festgelegter Mindestumtausch gehörte, der der Planwirtschaft westliche Devisen zuführen sollte. Hier setzte genau die Kritik an der Vereinbarung an: daß man geringfügige Erleichterungen teuer erkaufen mußte und auf diese Weise erpreßbar wurde. Kommuniqué und Protokoll zum ersten Passierscheinabkommen sowie eine Erklärung von Willy Brandt wurden am 17.12.1963 in der Berliner Abendschau gesendet - ein wichtiges Indiz für die Rolle, die die Politik dem relativ neuen Medium Fernsehen zugedacht hatte und eine Unterstreichung der Bedeutung seiner regionalen Berichterstattung.

---

<sup>93</sup> Ebd. , Zitat aus: Kurt L. Shell, *Bedrohung und Bewährung*, Köln und Opladen, 1965

<sup>94</sup> Vgl. Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, München 2003, S. 86

Das Passierscheinabkommen und die damit verbundene Besuchsregelung konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es einen Schießbefehl an der deutsch-deutschen Grenze gab.

Der Abendschau-Kommentar von Peter Schultze am 13.8.1965 zieht eine ernüchterte Bilanz der letzten vier Jahre:

“Erschossen, verblutet, ertrunken. 61 Menschen an der Mauer in Berlin, 56 an der Zonengrenze. Hinter jedem dieser Namen stand die Hoffnung, der Entschluß, die Angst und die Herausforderung an den Tod...”<sup>95</sup>

Schultze mahnt an, die Schüsse auf Flüchtende weiterhin als Mord zu begreifen, auch wenn man inzwischen mit den für den Mordbefehl Verantwortlichen verhandeln würde. Man müsse die Mauer als Faktum sehen, solle sie aber nicht als Staatsgrenze mit dem Anspruch auf Hoheitsrecht respektieren. Der Verlauf der Passierscheingespräche habe gezeigt, daß der politische Preis für die Erleichterungen zu hoch sei.

Die Prophezeiungen der SED nach dem 13. August 1961, daß Westberlin nicht überlebensfähig sei, hätten sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Stadt mache Fortschritte. Man könne aber auch nicht leugnen, daß sich das System im Osten stabilisiert hätte. Andererseits beklage die Partei, daß nicht alle Genossen den Sinn des antifaschistischen Schutzwalls verstanden hätten. Mehr denn je wollten die Menschen in der Zone frei reisen und Arbeitsplatz und Wohnsitz frei wählen können. Die kommunistische These von den zwei deutschen Staaten würde nicht der Wirklichkeit entsprechen. Es gäbe nur ein einziges Volk, das nach dem Willen der Kommunisten am Zusammenkommen gehindert werden solle.

Die Bahr'sche Formel vom “Wandel durch Annäherung”, die zur Grundlage der Ostpolitik Willy Brandts wurde, fand ihren Niederschlag auch im Programm des SFB. Redakteure wie Eberhard Kruppa und Hans-Dieter Jaene standen für ein pragmatischen Umgang mit der DDR. Sie versprachen sich und den Zuschauern davon wirtschaftliche und politische Erleichterungen für Westberlin. Die Chefredaktion war durch Eberhard Schütz besetzt, der das SPD-Parteibuch hatte. Die Vermutung

---

<sup>95</sup> Abendschau vom 13.8.1965, Manuskript aus dem DRA

liegt nahe, daß auch Intendant Steigner als SPD-Mitglied Direktiven seiner Partei empfang und im Programm des Senders umsetzen ließ. Zumindest wäre dies auch eine Erklärung für die zunehmende Isolierung des bis zum Zeitpunkt des Mauerbaus noch sehr geschätzten Chefredakteurs Matthias Walden.

Die ersten Studentendemonstrationen gegen den Vietnam-Krieg im Jahre 1966 machten sichtbar, daß es nicht nur eine Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten gab, sondern auch ideologische Gräben innerhalb der westlichen Gesellschaft; der Ost-West-Konflikt war an einem anderen Ende der Welt aufgebrochen, und der große Verbündete Westdeutschlands, die USA, waren auf eine Weise darin involviert, daß Kritik an der Vorgehensweise notwendig und berechtigt war.

Die Amerikaner hatten die nach dem Zweiten Weltkrieg in Indochina engagierten Franzosen dort abgelöst. Die Niederlage der Franzosen in Dien Bien Phu 1954 führte zur Teilung Vietnams auf der Genfer Indochina-Konferenz in Süd- und Nord-Vietnam. Die Amerikaner hatten seitdem die antikommunistische Bewegung in Nord-Vietnam zunächst mit "Verdeckten Operationen" unterstützt, um dann 1965 mit offenen Angriffen den eigentlichen "Vietnam-Krieg" einzuleiten, der dann gemäß der Domino-Theorie auch auf Laos und Kambodscha ausgedehnt wurde. Die Sowjetunion unterstützte das kommunistische Regime von Ho Chi Minh in Nord-Vietnam, sodaß sich die beiden Supermächte in Südostasien gegenüber standen.

## 2.5 Die Entwicklung linker studentischer Organisationen nach 1945

Parallel zur politischen Neuordnung der politischen Parteien im Nachkriegs-Deutschland war auch die Studentenschaft bestrebt, sich zu organisieren. Eine Mehrheit von sozialdemokratischen Studenten gründete zusammen mit unabhängigen Sozialisten, Antifaschisten, Trotzlisten und KPD-Mitgliedern am 2. September 1946 den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Er war der erste politische Studentenverband im Nachkriegs-Deutschland und erhielt aufgrund der

Zulassungsprinzipien der westlichen Alliierten eine föderalistische Struktur.

Zu ersten Konflikten kam es an der Berliner Humboldt-Universität mit der von den Sowjets eingesetzten "Deutschen Verwaltung für Volksbildung". Daraus resultierte eine von der Mehrheit des Verbandes getragene Abgrenzungspolitik gegenüber der sowjetischen Deutschland-Politik, die nach der Gründung der FU Berlin am 4.

Dezember 1948 ihre Fortsetzung fand in der Abgrenzungsstrategie gegenüber der FDJ. Dazu Fichter/ Lönnendonker in "Die kleine Geschichte des SDS":

"Man sollte sich heute davor hüten, diese immer militanter werdenden Auseinandersetzungen mit dem realen Stalinismus als platten Antikommunismus zu bezeichnen: Die Spaltung Berlins in zwei voneinander getrennte Stadt-Organismen mit eigenen Gewerkschaften, eigenem Polizeiapparat, eigener Universität usw. Sowie die Blockade des Güterverkehrs in der Periode zwischen 1948 und Mai 1949 durch den Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, das waren die entscheidenden Erfahrungen dieser Generation."<sup>96</sup>

Eine theoretische Grundlage erhielt der SDS erst ab dem Jahre 1951, als man sich entschloß, nach der auf der VI. Delegiertenkonferenz von Dr. Otto Stammer geäußerten Kritik an der fehlenden Aufarbeitung relevanter Themen wie z.B. der Weimarer Republik, künftig Bundesseminare zu bestimmten Themenkreisen abzuhalten.<sup>97</sup>

Am 29. Januar 1953 erfolgte die Gründung eines weiteren universitären Verbandes, der "Sozialistischen Hochschulgemeinschaft" (SHG), aus Professoren, einem Betriebsratsvorsitzenden und dem damaligen SDS-Bundesvorstand.

Die SHG sollte zum einen dem Wiedererstarken der Korporationen entgegenzutreten (so hatten am 17. Juni 1950 bereits wieder 89 studentische Verbindungen die "Deutsche Burschenschaft" gegründet), zum anderen ein Konzept für die Bildungspolitik der SPD an den Hochschulen ausarbeiten.

Auf den Delegiertenkonferenzen des SDS wurde alsbald in der nationalen Frage und der Frage der Wiederbewaffnung kontrovers zu den Positionen der SPD diskutiert. Mit

---

<sup>96</sup>Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977, S. 17

<sup>97</sup> Vgl. ebenda, S. 23

den Beschlüssen der Marburger Delegiertenkonferenz wollte der SDS eine Diskussion über die Neuorientierung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses und der Integration ins westliche Verteidigungssystem erreichen:

“1. die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens, die jetzigen Großmächte, sollten endlich Verhandlungen über eine friedliche Regelung des Problems der deutschen Wiedervereinigung einleiten; 2. die Regierung der Bundesrepublik sollte direkte Verhandlungen mit der UdSSR, der Garantmacht der DDR, aufnehmen; 3. zusätzlich sollte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit der “sogenannten DDR” Verhandlungen über “bestimmte Fragen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands” aufnehmen, da solche Kontakte “mit der Regierung der DDR keine Anerkennung ihrer demokratischen Legitimität bedeuten.”<sup>98</sup>

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge am 18. März 1955 durch den Bundesrat, gegen die die SPD noch zuvor im Bundestag gestimmt hatte, waren die Bestrebungen, die in Richtung deutsche Einheit gingen, obsolet geworden.

Die folgenden Jahre waren gekennzeichnet durch eine immer eklatanter werdende Erfolglosigkeit der SPD, die am 15. September 1957 der CDU/CSU den absoluten Wahlsieg überlassen mußte. Eine Kampagne der Partei für eine Volksbefragung im “Kampf gegen den Atomtod” scheiterte im Jahre 1958 am Bundesverfassungsgericht und wurde daraufhin fallengelassen. Der SDS hingegen führte die Kampagne gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr weiter. Mit einer Resolution gegen den französischen Kolonialkrieg zeigte er auch Engagement im antiimperialistischen Sinne. Die Kontroversen führten im Jahre 1960 zum Ausschluss des SDS aus der SPD und damit zur unwiderruflichen politischen Radikalisierung.

“Indem die politische Nachkriegskonstellation im Grundgesetz und damit auch die Integration in das westliche Bündnis festgeschrieben wird, und eine “autoritäre Bürokratie” entsteht, die über Parteienprivileg, streitbare Demokratie, Zuspitzung der Entscheidungskompetenzen auf den Kanzler, Notstandsgesetzgebung und Sicherheitsgesetze, die Entscheidungsfähigkeit der regierenden Machteliten sichern soll, wird jede außerparlamentarische Opposition mit Verbotsdrohungen,

---

<sup>98</sup>Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977, S. 33/34

Ausgrenzungen und Diskriminierungen belegt.“<sup>99</sup>

Die von der SPD zunächst gewünschte Politisierung der Studenten bekam sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik eine Dynamik, die von der Partei nicht mehr gutgeheißen wurde. Umgekehrt konnte sich die studentische Linke mit der Anbiederungspolitik der SPD an das bürgerliche System, dem sie sich mit dem Godesberger Programm verschrieben hatte und welche in den Eintritt in die Große Koalition am 26. November 1966 gipfelte, nicht abfinden.

“Die Protestbewegungen finden mit ihrer sozialen und politischen Kritik keinen parlamentarischen und institutionellen Ausdruck. Sie konstituieren sich als außerparlamentarische Bewegungen. Im Protest der sechziger Jahre verbindet sich die Kritik an der autoritär gefärbten und determinierten Demokratie mit dem sich in der Beatmusik und -kultur exemplarisch ausdrückendem kulturevolutionären Begehren.“<sup>100</sup>

## 2.6 Die ersten Studentenproteste und ihre Darstellung in der “Berliner Abendschau”

Der erste studentische Protest, der sich auf ein außenpolitisches Thema bezog, war eine Demonstration gegen den Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Tschombé am 18.12.1964. Die Berliner Abendschau brachte ein kurzes Porträt des Staatschefs, in dem durchaus kritisch erwähnt wurde, daß das Land einen krassen Gegensatz von Arm und Reich (“Prachtbauten und Elendsviertel”) aufzuweisen habe und unter blutigen Auseinandersetzungen leide. Zur Befreiung von hundert Geiseln seien belgische Fallschirmjäger eingesetzt worden. Die Rebellion in Ost-Kongo sei durch Tschombés Söldnertruppen niedergeschlagen worden. Während der Stadtrundfahrt des Präsidenten hätten sich auf dem Platz der Luftbrücke Studenten eingefunden, um gegen den Besuch Tschombés mit einer Schweigedemonstration zu protestieren. Im Bild sind Studenten mit Transparenten zu sehen mit folgenden Inschriften: “Keine Umarmung für Tschombé”, “Keine Blutbäder im Namen der

---

<sup>99</sup>Die Provokationselite, Rabehl/Fuhrmann/Koll, Lönnendonker/Marique/Schröder, Archiv “APO und Soziale Bewegungen”, S.4/5, aus: <http://web.fu-berlin.de/APO-archiv/Online/SDSPROVO.htm>, gesehen am 6.7.2007

<sup>100</sup> Ebenda, S. 5



Humanität", "Keine Unterstützung für Tschombè" und "Kongo oui, Tschombé non".<sup>101</sup> Dadurch, daß Tschombé zu diesem Zeitpunkt international in der Kritik stand und die Studenten schweigend protestierten, läßt sich der Umstand erklären, daß diese erste politische Studentendemonstration in der Abendschau eher sachlich kommentiert wurde.

Ganz anders sah es aus, als am 5. Februar 1966 die erste Demonstration gegen den Vietnam-Krieg vor dem Amerika-Haus stattfand; der SFB berichtete darüber in der Berliner Abendschau.

Der Einspielfilm mit einer Länge von 1'15" beginnt mit einem Kameraschwenk über den Steinplatz, er zeigt Demonstranten und Passanten, die teilweise rege ins Gespräch vertieft sind. Flugblätter werden verteilt, dann setzt der Zug sich in Bewegung. Auf den mitgeführten Transparenten steht "Um "Freiheit" zu erreichen gehen "Christen" wieder über Leichen" oder "Nie wieder Gas". Der Reporter im Off: "1500 Studenten versammelten sich...am Steinplatz und zogen mit antiamerikanischen Spruchbändern und Plakaten...zum Ku'damm und blockierten den Straßenverkehr. Die West-Berliner SED nutzte die antiamerikanische Demonstration zu einem Großeinsatz ihrer Agitatoren. Die SED-Genossen hatten offensichtlich die Weisung, nicht im Demonstrationzug mitzumarschieren, sondern am Straßenrand Passanten in Diskussionen gegen den amerikanischen Einsatz in Vietnam zu verwickeln. Der Berliner SPD-Vorsitzende Kurt Matthick nahm heute in einem in der Wochenzeitung "Berliner Stimme" erschienenen Artikel zu dieser Demonstration Stellung.

Er verurteilte die einseitige Meinungsäußerung und warf den Studenten vor, daß sie zwar gegen die Bombenangriffe auf Nord-Vietnam demonstrierten, nicht aber gegen die rotchinesische und sowjetische Waffenhilfe für die Vietcong-Rebellen. Sie hätten auch nicht für den Frieden demonstriert, als der amerikanische Präsident Friedensverhandlungen angeboten habe und wären auch nicht auf die Straße

---

<sup>101</sup> Berliner Abendschau vom 18.12.1964. SFB-Fernseharchiv

gegangen, als "die Waffenruhe von den Kommunisten gebrochen worden war."<sup>102</sup> Der Kommentator verfährt demagogisch recht geschickt; er beschränkt seine eigene Meinungsäußerung auf ein Minimum und versteckt sich dafür hinter dem Zitat eines SPD-Politikers, der seiner Meinung nach nicht Gefahr laufen würde, als "Rechter" abqualifiziert zu werden. Die Behauptungen, die er aufstellt, sind durch die Bilder in keiner Weise belegt. SED-Angehörige sind weder im Zug noch im Gespräch mit Passanten zu erkennen. Die scheinbar neutralistische Haltung, die der SPD-Vorsitzende einnimmt und die der SFB-Reporter vorschiebt, ist im Grunde nur eine Stützung der amerikanischen Politik und übersieht, daß Bürger des westlichen Blocks, und zu diesen gehörten die Demonstranten ja auch, ihre Kritik folgerichtig an die Adresse des Verbündeten der Bundesrepublik, die Amerikaner, richteten. Im übrigen führten die Studenten ein Transparent mit, auf dem stand: "Wo bleiben freie Wahlen für Vietnam?"; dieses Bild zeigte der Beitrag just in dem Moment, als der Reporter den Demonstranten indirekt vorwarf, nicht für den Frieden zu demonstrieren.

Die Quintessenz des Berichts, das, was den Zuschauer erreichen soll und vermutlich auch erreicht, ist, daß die Demonstranten antiamerikanisch gesinnt wären und von der kommunistischen SED gesteuert würden. Damit lag er vom Tenor her auf einer Ebene mit der Berliner Presse, die "wie vom SDS vorausberechnet reagierte und dadurch die politische Wirkung der Demonstration um ein Vielfaches vergrößerte ("Die Narren von West-Berlin", SED unterstützt Studenten-Demonstration", "...eine Schande für unser Berlin!"...)"<sup>103</sup>

Der Begriff "Frieden", so wie er hier ins Spiel gebracht wird, ist völlig apolitisch, er ignoriert politische und wirtschaftliche Ursachen, die *jeder* Krieg zwangsläufig hat. Insbesondere in dieser Phase des Kalten Krieges und des Konflikts in Indochina war es illusorisch, die Protagonisten des Ost-West-Konflikts mit Friedensappellen zu beeinflussen. Dennoch versucht der Kommentator, den Eindruck zu erwecken, daß es Sinn machen würde, die abstrakte Forderung nach Frieden zu erheben. War der Bericht über die Tschombé-Demonstration noch relativ sachlich und transportierte

---

<sup>102</sup> Berliner Abendschau v. 5.2.1966, SFB-Fernseharchiv

<sup>103</sup>Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977, S. 92

lediglich das Befremden darüber, daß sich die Studenten in internationale politische Belange einmischten, so war der Tenor in der Berichterstattung über die Demonstration am Amerika-Haus ein gänzlich anderer. Damit bediente die Abendschau bereits vorhandene antikommunistische Ressentiments der Berliner und bestärkte sie in ihrem Pro-Amerikanismus:

“Die Reaktion der Berliner Bevölkerung auf die Demonstrationen der Studenten ist ohne die politische Entwicklung Westberlins in den letzten Jahren kaum zu verstehen. In den vierziger Jahren hatte sich in Westberlin dank der Erfahrungen mit dem Osten ein allgemeiner “Konsens im Grundsätzlichen”<sup>104</sup> gebildet, dessen Merkmale die Ablehnung des kommunistischen Gesellschaftssystems, die Garantien und Anwesenheit der Westmächte und die Zugehörigkeit zum Westen waren...”<sup>105</sup>

Am 7.2.1966 sendete die Berliner Abendschau ein Statement von Innensenator Heinrich Albertz zur Studentendemonstration vor dem Amerika-Haus. Offenbar war er von der CDU und Teilen der Medien (Springer-Presse) angegriffen worden, weil die Polizei nicht verhindert hatte, daß es zu kleineren Zwischenfällen vor dem Amerika-Haus gekommen war.

Albertz betont, daß es sich um eine genehmigte Demonstration gehandelt habe, die ganz unter polizeilicher Kontrolle gestanden hätte. Eine vollständige Absperrung des Amerika-Hauses wäre nicht gewünscht gewesen, weil der Leiter des Hauses das Gespräch mit den Studenten gesucht hätte. Der Platz wurde dann schließlich geräumt, als die Demonstranten versuchten, die amerikanische Flagge einzuholen und Eierwürfe das Gebäude trafen.

Albertz betont noch einmal, daß politische Rowdys mit dem harten Eingreifen der Polizei zu rechnen hätten. Die politische Erziehung von Studenten und anderen Mitbürgern obliege aber nicht der Polizei.

Die Differenzierung, die Albertz hier trifft, ist hier Kennzeichen dafür, daß die SPD den Anliegen der Studenten nicht ganz so ablehnend gegenüberstand wie die CDU, die das Ganze von vornherein als antiamerikanische Hetze begriff.

---

<sup>104</sup> s.u., aus: Kurt L. Shell, *Bedrohung und Bewährung*, Köln und Opladen, 1965

<sup>105</sup> Harold Hurwitz, *Student und Öffentlichkeit*, Der 2. Juni aus Westberliner Sicht, S. 36, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

Am 8.2.1966 fand eine von Bürgern organisierte Sympathiekundgebung für die Amerikaner statt, über die die Abendschau begeistert berichtete:

“Wo es am Wochenende bei einer antiamerikanischen Demonstration zu beschämenden Zwischenfällen gekommen war, bezeugten mehrere tausend Berliner ihre Sympathie für das amerikanische Volk...” Zu sehen waren Demonstranten mit Plakaten à la “Wir sind vom Friedenswillen der USA überzeugt” oder “Freiheit ist nicht umsonst”. Die Redner, Jürgen Wohlrabe von der Jungen Union, CDU-Vorsitzender Franz Amrehn und Ernst Lemmer, Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin, hoben hervor, wieviel die Berliner der amerikanischen Schutzmacht zu verdanken hätten und erinnerten an die Luftbrücke und die Gründung der Freien Universität Berlin. Berlin sei kein Platz für die “Totengräber der Freiheit” - gemeint war das SED-Regime, am Vortag hatte es auch wieder einen Zwischenfall an der Mauer gegeben. Dazu wurden Schilder hochgehalten mit der Inschrift: “Ob in Saigon oder Berlin - Schluß mit dem Roten Mord”. Der Reporter beendet seinen Bericht mit der etwas lapidaren Schilderung von Ereignissen, die anständigen Bürgern nicht gerade zur Ehre gereichen:

“Nach Schluß der Kundgebung kam es zu verschiedenen kleineren Zwischenfällen. Erregte Berliner geleiteten einige junge Männer, die durch Zwischenrufe die Redner angegriffen hatten, unter Gewaltanwendung zum Bahnhof Zoologischer Garten. Dort warteten sie, bis sich die Angegriffenen auf den Bahnsteig zurückgezogen hatten.”<sup>106</sup> Wie sich auch später noch zeigen sollte, schienen aufgehetzte Bürger, hier als “erregte Berliner” tituliert, zur Selbstjustiz im Umgang mit den Studenten zu neigen. Die Sympathiekundgebungen bezogen sich auch nicht auf das “amerikanische Volk”, wie der SFB-Reporter meinte, sondern vielmehr auf die Politik der amerikanischen Regierung. Die Dankbarkeit der Berliner gegenüber den Amerikanern resultierte aber zweifelsohne aus der Zeit der Rosinenbomber. Und es war gewiß nicht einfach für eine oppositionelle Bewegung in einer Stadt, die das Blockdenken manifestierte, sozusagen mit dem abschreckenden Beispiel jenseits der Mauer vor Augen Politik zu machen.

---

<sup>106</sup> Berliner Abendschau vom 8.2.1966, SFB-Fernseharchiv

Ebenfalls in der Abendschau-Ausgabe vom 8. Februar waren zwei weitere Beiträge zum Thema Studenten enthalten, die klar erkennen ließen, daß eine Distanzierung von der Demonstration vor dem Amerika-Haus beabsichtigt war. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Hochschulbundes erklärte, daß man sich vom politischen Krawall als Selbstzweck, wie er vor dem Amerika-Haus praktiziert worden wäre, distanzieren. Extremistische und anarchistische Mitglieder des SDS hätten einen beschämenden Krawall inszeniert. Die Ausschreitungen hätten den Intentionen der Studentenverbände geschadet. Er sagte aber auch, daß kommunistische Hintermänner keine Rolle spielten und die Beteiligung von Kommunisten übertrieben worden sei.

Weiterhin wurde über eine Unterschriftenliste berichtet, die von zwei "unabhängigen" Studenten ins Leben gerufen wurde und die sich ebenfalls von den Vorfällen am Amerika-Haus distanzierte. Gleichwohl mußte der Abendschau-Kommentator einräumen, daß nicht geklärt wäre, inwieweit diese Unterschriftensammlung innerhalb der Studentenschaft legitimiert wäre.

Das Thema Amerika-Haus beherrschte offensichtlich die Berliner Politik und die Medien und setzte eine Spirale in Gang, die das eigentliche Anliegen der Studenten, die Kritik an der Interventionspolitik der USA in Vietnam, in den Hintergrund drängte. Von Anfang an befand sich die Bewegung in der Defensive; wichtiger als die Bombardierung Vietnams war in der öffentlichen Diskussion, und eben auch in der Abendschau, die Frage, ob sich die Studenten vorschriftsmäßig benommen hätten oder nicht. Sofort wurde auch die Verbindung zu "kommunistischen Hintermännern" unterstellt, um die Legitimität der Kritik in Zweifel zu ziehen. Dabei schlugen die bürgerlichen Medien offenbar über die Stränge, was Willy Brandt dazu brachte, in der Rubrik "Wo uns der Schuh drückt" in der Abendschau vom 12. Februar die Berliner ein wenig zur Vernunft zu rufen: eine gewisse Kritik an den Vorgängen vom 5. Februar sei sicher berechtigt, er würde sich aber fragen, ob es nicht möglich wäre, unliebsame Vorgänge gelassener zu betrachten. Es gäbe keine Entschuldigung einer kleinen Minderheit, die vor dem Amerika-Haus außer Rand und Band geraten wäre, aber manches, was daraus gemacht wurde, zeuge nicht gerade von einem gesunden

Augenmaß.

“In Frankreich hat man den Begriff der schrecklichen Vereinfacher. Vor denen müssen wir auch in Berlin auf der Hut sein. Ich meine, wir dürfen uns von dem als richtig erkannten Weg nicht abbringen lassen, wir dürfen uns nicht auf der Nase herumtanzen lassen, aber wir müssen auch darauf, daß wir nicht durch falsche Reaktion Schlechtes noch schlimmer machen und dadurch unserer Stadt zusätzlichen Schaden zufügen.”<sup>107</sup>

Brandt bekräftigt die Gültigkeit der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung und betont die Verbundenheit der Stadt mit der Bundesrepublik und den Alliierten, weist aber auch darauf hin, daß die Vietnam-Frage durchaus komplex und von verschiedenen Seiten zu betrachten sei. Er könne keine primitive Gleichstellung von Vietnam und Berlin akzeptieren, daraus könne sich aber auch keine Gleichgültigkeit oder Unterschätzung der harten Verpflichtungen ergeben, die die Amerikaner in anderen Teilen der Welt eingegangen sind.

Die Rede Brandts ist ein Muster an Ausgewogenheit, was man von der sonstigen Berichterstattung in der Berliner Abendschau nicht behaupten kann - der Argumentation der “Gegenseite”, also der kritischen Studentenschaft, wurde kein Raum gegeben. Es wird später noch darauf zurückzukommen sein, daß der Rundfunk und das Dritte Fernsehprogramm der ARD in Berlin, eine Gemeinschaftsproduktion von NDR und SFB, diese Lücke füllten und alternativen Ansichten ein Forum gaben. Die Abendschau vom 17. Februar brachte einen Auszug aus der Abgeordnetenhaus-Sitzung zur Anti-US-Demonstration sowie einen Bericht über die Situation an der FU. Im Abgeordnetenhaus hatte Willy Brandt zu Vorwürfen der Opposition Stellung genommen, die Polizei hätte nicht konsequent gegen die “Ruhestörer” durchgegriffen. Man dürfe Wachsamkeit nicht mit Aufgeregtheit verwechseln; Berlin-Politik ohne Sinn für Proportionen dürfe es nicht geben. Der Sprecher der CDU, Franz Amrehn, meinte hingegen, man dürfe den Krawall vor dem Amerika-Haus nicht verharmlosen, man habe es mit der Frucht einer allzu lang geduldeten linksradikalen Infiltration zu tun. Die FU sei ein El Dorado extremer Gruppen und Kriegsdienstverweigerer. Die Regierung

---

<sup>107</sup> Berliner Abendschau vom 12.2.1966, SFB-Fernseharchiv

habe Führungslosigkeit bewiesen. Mit diesem Statement endet der Bericht; nach einer nicht aufgezeichneten und als Manuskript nicht erhaltenen Studio-Moderation - dieses Manko betrifft, wie bereits erwähnt, alle Abendschauen bis zum Jahre 1980 - schließt der nächste Bericht an. Ein SFB-Reporter befragt zunächst den FU-Präsidenten zum Beschluß des Akademischen Senats, der Studentenschaft keine Räume mehr für politische Diskussionen, sondern nur noch für wissenschaftliche Veranstaltungen und Konzerte zur Verfügung zu stellen. Dann nimmt der Vorsitzende des aus Protest gegen diesen Beschluß zurückgetretenen ASTA Stellung. Es wird problematisiert, daß die Definition von Wissenschaft und Politik schwierig sei und daher der Willkür Tür und Tor geöffnet wird.

Nachdem die Demonstration vor dem Amerika-Haus zwölf Tage lang *das* Thema in der Stadt war und auch die Berichterstattung der Abendschau beherrscht hatte, trat offensichtlich wieder eine Phase ein, in der bei den Berlinern und ihrer wichtigsten Fernsehsendung Ruhe und Ordnung herrschten und man sich altbekannten Themen zuwandte: der Passierscheinfrage, dem 6-Tage-Rennen, dem Reit- und Springturnier u.s.w.

Einzige "Ausrutscher" zwischen Februar und Dezember 1966 waren ein Beitrag über "Gammler" an der Gedächtniskirche am 11.3.1966 und zwischen dem 21. und 28. Juni Berichte über eine studentische Vollversammlung an der FU, die sich gegen die Zwangsexmatrikulation höherer Semester wandte sowie über eine Demonstration zum selben Thema. Am 11.11. äußerte sich der ASTA-Vorsitzende Knut Nevermann zu den Schlagenden Verbindungen. Ende November wurde die Große Koalition zum vorherrschenden Thema in der Stadt. Willy Brandt wechselte am 14.12.1966 als Außenminister der CDU/SPD-Regierung nach Bonn, sein Nachfolger im Amt des Regierenden Bürgermeisters wurde Heinrich Albertz.

Das politische Klima in Westberlin veränderte sich im Jahre 1966 durch drei gewichtige Faktoren:

erstens bewies die Bundesrepublik ihre Bündnistreue zu den USA, indem die Bundesregierung am 7. Januar erklärte, daß sie den Eintritt der USA in den Vietnam-

Krieg unterstütze. Diese Erklärung kam zu einem Zeitpunkt, als die Amerikaner, die ja schon seit Jahren mit verdeckten Operationen in Vietnam agierten, verstärkt das Bombardement nordvietnamesischer Städte durch die US-Luftwaffe aufnahmen und damit internationale Proteste provozierten. Dies wiederum verlangte Solidaritätsbezeugungen der amerikanischen Bündnispartner. Der zweite, damit direkt in kausalem Zusammenhang stehende Punkt war die Erweiterung der bis dato auf eine Studienreform abzielenden Studentenbewegung um einen politischen Aspekt, nämlich die Kritik am Engagement des Bündnispartners USA in Vietnam. Dies führte zu der Erfahrung, daß ein gesellschaftliches Engagement der Studenten weder von der Berliner Politik noch der Mehrheit der Bevölkerung erwünscht war, da der politische Konsens gestört wurde. Und drittens gab es parallel zur Orientierung der Studenten nach "links" das Vertrauen in die innerparlamentarische Opposition, die durch die SPD repräsentiert wurde. In dem Moment, wo sich die SPD aus strategischen und machtpolitischen Erwägungen in eine Große Koalition mit der CDU begab, fühlte sich die Linke ein weiteres Mal in ihrer Hoffnung auf die reformatorische Kraft der SPD betrogen. Laut Agnoli erschien die Große Koalition zwischen 1966 und 1969 als Machtkonstellation einer polaren Einheitspartei, die die politischen Klassen zusammenführte.<sup>108</sup>

Einmal an der Macht - und hier sollten sich die düstersten Ahnungen bestätigen - wurde die SPD zum willigen Vollstrecker undemokratischer Maßnahmen wie der Notstandsgesetzgebung. Die Konsequenz war eine Verlagerung der vor allem von Studenten und Intellektuellen getragenen Politik in die außerparlamentarische Opposition. Dazu im Rückblick Rabehl/Lönnendonker u.a.: "Außerparlamentarische Oppositions- und Protestbewegungen entstanden an Schnittpunkten der bundesrepublikanischen Geschichte: Wiederbewaffnung, Notstandsgesetzgebung, ökologische Krise. Sie konnten bisher durch die herrschenden Parteien in ihrer radikalen Zielsetzung gebrochen oder parlamentarisiert werden."<sup>109</sup>

Insbesondere in Berlin machte sich der Wechsel von Bürgermeister Willy Brandt zu

---

<sup>108</sup> Die Provokationselite, Rabehl/Lönnendonker u.a., S.24, dazu: Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967

<sup>109</sup> Die Provokationselite, Rabehl/Lönnendonker u.a., S. 7



Heinrich Albertz negativ bemerkbar, da mit Brandt ein Politiker mit innen- und außenpolitischem Format nach Bonn wechselte und sein Nachfolger zunächst kein klares Profil erkennen ließ. Unter dem Dauerbeschuß der CDU, die sich im Gegensatz zum Bund in der Opposition befand, opferte er im Umgang mit den Studenten zunehmend sozial-liberale Prinzipien. Die Besonderheit der West-Berliner Presselandschaft, die vom Springer-Verlag dominiert wurde, trug als weiterer entscheidender Faktor zur Eskalation des Konflikts zwischen Senat und Öffentlichkeit auf der einen und den eine Gegenöffentlichkeit schaffenden Studenten andererseits bei.<sup>110</sup>

Medien und Bevölkerung schossen sich spätestens mit dem Tag auf die Studenten ein, an dem diese in nach ihrer Meinung nach ungebührlichen Weise vor dem Amerika-Haus demonstriert hatten. Die Farbeier und Steinwürfe auf das Symbol der Rettung Berlins vor dem Kommunismus wurden nicht verziehen und waren Ausgangspunkt einer Hetzkampagne, die sich sowohl in den Schlagzeilen der Springer-Presse als auch in den Meinungsäußerungen der Bevölkerung niederschlug. Deren Reaktion auf die Kritik an der amerikanischen Politik in Vietnam war ein Gleichsetzen der Demonstranten mit Befürwortern des Sowjetkommunismus. Der Spruch "Geht doch rüber!" war die verkürzte Formel dieser Unterstellung und wurde bei jeder sich bietenden Gelegenheit bemüht. Die Deeskalationsversuche des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt, wie er sie in der von der Abendschau ausgestrahlten Rede formulierte, erreichten weder die Mehrheit der Bevölkerung, noch bzw. erst recht nicht die Springer-Presse und auch nicht den politischen Gegner, die in der Opposition befindliche CDU. Im Gegenteil, dies war für die CDU eine großartige Gelegenheit, sich als staatsbewahrende Ordnungspartei für Berlin zu definieren. Rabehl/Lönnendonker u.a. unterscheiden in ihrem Aufsatz "Die Provokationselite" zwischen der politisch-pragmatischen und der theoretisch fundierteren Kritik der Konservativen an der Studentenrevolte.: ..." Dieser politisch-pragmatische

---

<sup>110</sup> Die SDS-Denkschrift "Hochschule in der Demokratie" von 1961 zielt auf eine soziale Verpflichtung von Forschung und Lehre ab. Damit "gewinnt die Universität...zugleich ein Niveau von Gegen- und Parallelöffentlichkeit zur parlamentarischen und Medienöffentlichkeit". Aus: Rabehl/Lönnendonker u.a., Die Provokationselite, S. 22

Konservativismus bezieht sich auf das "Dämonische" der Sprecher der Opposition<sup>111</sup>, und auf die These, daß der Protest aus Übermut, auf der Grundlage des Wohlstandes, aus der Geborgenheit der Mittelklassen erfolgt, und insofern drückt er eher die Dekadenz oder den Zerfall von Teilen dieser Mittelklassen und ihrer Kinder aus als wirkliche Probleme. Die potentielle Vereinnahmung dieses Protestes durch den politischen Feind, den "Ostblock", wird unterstrichen."<sup>112</sup>

Hingegen gingen die theoretisch fundierten Konservativen davon aus, daß "...die außerparlamentarischen Oppositionen der 50er und 60er Jahre...Sozialbewegungen seien, die die immanente Tendenz in sich trügen, Normen und Werte des politischen Systems anzugreifen und zu verändern."<sup>113</sup>

Zu diesem Zeitpunkt, also in den Anfängen der Studentenbewegung, war der SFB noch auf der Linie der übrigen bürgerlichen Medien: insbesondere die Abendschau stand den antiamerikanischen Aktionen der Studenten verständnislos gegenüber und beteiligte sich an der Verurteilung der Demonstration vor dem Amerika-Haus. Lediglich durch den Umstand, daß der SFB dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt eine Plattform gab bzw. geben mußte, kam ein gemäßigter Ton in die Debatte.

In jedem Fall transportierte die Abendschau in ihren Beiträgen den Unwillen der Westberliner Bevölkerung, sich von den Studenten in ihrer Ruhe stören zu lassen. Auch der Beitrag über "Gammler" an der Gedächtniskirche machte deutlich, welche Probleme die Bürger und die bürgerlichen Medien mit einer Jugend hatten, die offensichtlich mit dem Spießertum der fünfziger und sechziger Jahre aufräumen wollte. Dazu paßte die durch Umfragen im Bundesgebiet ermittelte Einstellung der Bevölkerung, daß die Studenten auf Staatskosten lebten (25%), die Studenten zu lange für ihr Studium bräuchten (38%) und die Studentenzahl zu hoch sei (34%).<sup>114</sup>

---

<sup>111</sup> Besonders eklatant war die Dämonisierung Dutschkes durch die Springer-Presse, die sein äußeres Erscheinungsbild einbezog

<sup>112</sup> Ebenda, S. 7/8

<sup>113</sup> Ebenda, S. 8

<sup>114</sup> INFAS-Studie Juni/Juli 1967, in: Harold Hurwitz, Student und Öffentlichkeit, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

Für den SFB selbst gab es im Jahr 1966 zwei Veränderungen: zum einen stieg das ZDF beim ARD-Vormittagsprogramm ein, welches weiter unter Federführung des SFB gesendet wurde. Zum anderen wurde mit der sogenannten "Schießscheibe" ein neues Signet eingeführt, das in geringen Modifikationen bis zum Ende des Senders Bestand hatte.

Mit der Einführung der Hörfunk-Sendung s-f- beat am 6.3.1967 trug der SFB dem veränderten Musikgeschmack der Jugend Rechnung. Damit holte man sich auch Redakteure ins Haus, die selbst progressiv waren mit der Konsequenz, daß der Hörfunk allmählich von innen heraus reformiert wurde. Ähnlich, wenn auch in langsamerem Tempo, erging es dem Fernsehen. Es fand - zumindest an der Basis - durch das Nachrücken von jungen Mitarbeitern ein Veränderungsprozeß statt. Lediglich die "alteingesessenen" Redakteure der Abendschau wie Hanel, Lenz und Förster repräsentierten den Konservatismus, wobei Redaktionsleiter Harald Karas als konservativ-liberal einzuschätzen war. Ein linkes Biotop war zu diesem Zeitpunkt schon das III. Fernsehprogramm, welches vom progressiven NDR unter Beteiligung des linken Radio Bremen gesteuert wurde. Hier startete auch die eine oder andere Redakteurs-Karriere im SFB.

## 2.7 Das "linke" Dritte Programm des SFB

Das III. Fernsehprogramm war unter anderem auch Ort der ideologischen Auseinandersetzung über die Große Koalition zwischen dem Publizisten Sebastian Haffner und Matthias Walden. In einer Ausgabe der Reihe "Berliner Fenster" vom 15.12.1966 nahm Haffner zur Großen Koalition Stellung:

Er sehe für die Linke die Zeit gekommen, auszuwandern, da es durch die Beteiligung der SPD an der Macht keine fortschrittliche Alternative im Lande mehr geben würde. "Zum ersten Mal seit den dreißiger Jahren wird in meinen Kreisen ständig wieder darüber geredet, soll man auswandern. Ich war auf einer Party am 26. November, war sehr lebhaft erinnert an die Parties im Februar '33, dieselbe nervöse Hilflosigkeit und -

so halblachend noch - na, soll man vielleicht auswandern...<sup>115</sup>

Haffner fragt polemisch, wo der Auswanderungsgrund liegen könne und beantwortet die Frage in diesem Sinne: erstens sollte man auswandern, wenn man mundtot gemacht wird und zweitens, wenn man an Leib und Leben gefährdet sei. Als Beleg für die Einschränkung der Meinungsfreiheit und der körperlichen Gefahr dient ihm die geplante Änderung des Wahlrechts. Durch die Transformation in ein absolutes Wahlrecht würde der Wähler entmündigt; kleine oder alternative Parteien hätten überhaupt keine Chance mehr, es gäbe nur noch die Wahl zwischen "SDU" und "CPD". Er vergleicht die Verhältnisse mit den Einparteien-Wahlen im Dritten Reich oder in der DDR. Für noch undemokratischer hält er die geplanten Notstandsgesetze, die mit 84 Grundgesetzänderungen einhergehen sollen. Er fürchte die Internierung mißliebiger Leute im KZ. Sollte die Notstandsverordnung durchgesetzt werden, wäre es an der Zeit, die Koffer zu packen.

Auf diese scharfe Polemik antwortete Matthias Walden am 24.1.1967 in der Sendereihe "Die Meinung" im Dritten Programm:

Die radikale Linke und die radikale Rechte ähnelten sich heutzutage oft zum Verwechseln. Jeder Widerspruch gegen Links würde automatisch Rechtsaußen eingeordnet und Widerspruch gegen Rechts würde reflexartig in die Nähe des Kommunismus geschoben. Unabhängige Meinungen würden in unserem Land entweder nicht für glaubwürdig gehalten oder als labil mißverstanden:

"Wer die SED entschieden anklagt, erscheint oft als zumindest heimliches CDU-Mitglied; wer sich heftig gegen alte oder neue Nazis stellt, sieht sich sehr rasch der SPD zugeschlagen. Wer aber beides zugleich tut, erlebt eine wechselnde Klischierung durch die argwöhnischen Beobachter von rechts und links. Dazu gehört auch, daß jemand, der die SED aufgrund ihrer Realitäten heute noch für mindestens so mies hält wie vor 20 Jahren, mit dem Etikett "Kalter Krieger" herumläuft, das ihm eine politische Clique auf den Rücken geklebt hat."<sup>116</sup>

Die Frage, was links ist, ließe sich nicht mit Marx klären, da die Linke selbst sich über

---

<sup>115</sup> Berliner Fenster v. 15.12.66, SFB-Fernseharchiv

<sup>116</sup> Die Meinung, 24.1.67, SFB-Fernseharchiv

Marx nicht einig sei. Es gebe aber durchaus Sympathie bis Verklärung des politischen Ostens und andererseits eine nach Aversion schmeckende Verurteilung "der politischen Welt, in der wir leben."

Eine spezielle Linke, die genauso denkt, würde inzwischen das Dritte Programm majorisieren und eine politische und kulturelle Dominanz ausüben. Immerhin könne er, Walden, aber noch seinen Mißfallen innerhalb dieses Programms äußern. Allerdings gebe er sich nicht der Illusion hin, in der kurzen Sendezeit auf den Zuschauer einwirken zu können:

"Wenn auch meine auf diesem Kanal recht einsame Meinung kaum Aussicht hat, die Betroffenen in zehn Minuten zu überzeugen, so hat ihre Äußerung vielleicht eine lindernde Wirkung auf jene, die an der weitgefächerten Liberalität dieses Programms gezweifelt haben könnten. Im Dritten Programm kritisch über das Dritte Programm reden zu dürfen, verschafft diesem Dritten Programm zumindest für heute abend ein Alibi der Toleranz, das allerdings morgen seinen Gültigkeit schon wieder verloren haben kann."<sup>117</sup>

Es wäre ihm ein Anliegen, Mißverständnisse aufzuklären:

"Wer meint, es sei nicht sinnvoll, die sogenannte DDR anzuerkennen, muß deshalb nicht in einem alten oder veralteten Denkschema befangen sein. Wer das Plädoyer für Aufgeschlossenheit gegenüber dem SED-Staat mit dem Einwand beantwortet, aufschließbar sei nur, wer sich nicht selbst verriegelt, muß deshalb durchaus nicht in der Dunkelheit eines primitiven Antikommunismus umhertappen..."<sup>118</sup>

Es wäre auch kein böser Wille gewesen, die Verhärtung der "in der Zone Herrschenden" vorhergesagt zu haben, sondern es sei der legitime Triumph eines genaueren Urteils. Und noch etwas wollte Walden klarstellen:

"Die, wie ich meine, modische und modernistische Linke, die der SPD ihre Koalition mit der CDU nicht verzeihen kann, fühlt sich oft von Leuten wie mir verletzt und ungerecht als kommunistisch verdächtig. Ich stehe nicht an, zu versichern, daß ich die Leute, die ich meine, niemals für Kommunisten gehalten habe, schon gar nicht im

---

<sup>117</sup> Ebd.

<sup>118</sup> Ebd.

Sinne der SED, obwohl ihre Ansichten manchmal und in manchem dem Standort des Ost-Berliner Zentral-Komitees näher gewesen sind als dem Standort der großen Parteien in der BRD...”<sup>119</sup>

Zum Schluß ging Walden noch auf den Beitrag Sebastian Haffners im “Berliner Fenster” ein:

“Diese Ansicht, die aus Behauptungen besteht, zeigt nicht nur die geradezu märchenhafte Toleranzspanne dieses Programms zumindest in eine Richtung, sondern zugleich auch die äußerste Zuspitzung der spezifischen Gewohnheit unserer drastischen Linken, den Staat, in dem auch sie lebt, bis an die Grenze und manchmal auch bis über die Grenze der üblen Nachrede zu denunzieren. Den Vergleich mit der Situation im Februar 1933 empfinde ich als besonders infam, denn das war der Monat nach der sogenannten Machtergreifung durch die verbrecherischen Nazis...Die Unterstellungen, mit denen der Entwurf eines neuen Wahlsystems und die Notstandsgesetzgebung interpretiert werden, empfinde ich als geradezu verleumderisch...Außerdem ist mir unverständlich, wie man zum Packen der Koffer für die Emigration auffordern kann, ohne selbst entschlossen zu sein zu gehen. Mich hätte auch interessiert, wohin man eigentlich auswandern soll.

Amerika hat eine Zwei-Parteien-Demokratie, England hat eine scharfe Notstands-Gesetzgebung und Frankreich hat einen Staatsrundfunk und ein Staatsfernsehen<sup>120</sup>.

Wo ist es also, das ideale Emigrationsrefugium?”<sup>121</sup>

Walden schloß mit der Bemerkung:

“Ich hoffe, daß alle, denen meine Polemik galt, sie mit der gleichen Toleranz anhören, wie sie von ihnen selbst für sich selbst immer in Anspruch genommen wird.”<sup>122</sup>

Die Positionen Waldens und Haffners erscheinen auf den ersten Blick kontrovers.

Der Punkt, an dem sie sich treffen, ist die Ablehnung des Nationalsozialismus und die Verteidigung der Freiheit. Der Unterschied liegt in der Einschätzung, welches

---

<sup>119</sup> Ebd.

<sup>120</sup> Das Fernsehen in Frankreich unterliegt in der Tat staatlicher Kontrolle; es ist in von der Struktur her offensichtlicher an den Staat angebunden als das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Deutschland. Von einem direkten staatlichen Einfluß auf Programminhalte, wie Walden sie hier unterstellt, kann aber nicht die Rede sein. (Vgl. “Fernsehen in Frankreich”, gesehen in [www.Frankreich-forum.de](http://www.Frankreich-forum.de) am 14.12.06, 23 Uhr)

<sup>121</sup> Die Meinung, 24.1.67, SFB-Fernseharchiv

<sup>122</sup> Ebd.

zeitgenössische Gesellschaftssystem am ehesten Freiheit garantiert. Für Walden ist es auf keinen Fall der Kommunismus der Sowjetunion und der DDR, Sebastian Haffner läßt seine Option offen. Genau dieses wirft ihm Walden auch vor, wenn er fragt, in welches Land er, Haffner, denn auszuwandern empfiehlt. In der Tat waren die naiven Hoffnungen der SPD-Anhänger auf eine Politik des gesellschaftlichen Widerstands dermaßen betrogen worden, daß zu diesem Zeitpunkt, als sich noch kein alternativer Gesellschaftsentwurf abzeichnete, wie er zu einem späteren Zeitpunkt der Studentenbewegung formuliert wurde, die Ratlosigkeit und der Zorn der Linken groß war. Die Option "Amerika" war es mit Sicherheit nicht, und nicht nur wegen des "Zwei-Parteien-Systems", sondern vor allem wegen der Kritik an der US-Politik in Indochina. Für Haffner waren Wahlrechtsänderung und Notstandsgesetze Gradmesser für das Funktionieren der Demokratie, Walden sah die Demokratie per se dadurch noch nicht gefährdet, den Vergleich mit Februar 1933, also der Situation *nach* der Machtergreifung Hitlers, hielt er für überzogen. Haffner sah sich als Cassandra, die schon bei den ersten Anzeichen für einen Rückfall in undemokratische Verhältnisse warnen müsse.

Interessant ist, daß der SFB in seinem Dritten Fernsehprogramm, das er seit dem 4.1.1965 zusammen mit dem NDR betrieb, der Linken um Haffner ein dauerhaftes Forum bot, während Walden sich und seine Meinung in diesem Programm für völlig unterrepräsentiert hielt. Redakteur im III. war Peter Kruppa, ein SPD-Mann, der in der knappen Abmoderation von Waldens Beitrag - "Dies war die Meinung von Matthias Walden" - keinen Zweifel daran ließ, daß er dessen Einlassungen nicht folgen wollte. Intendant war zu diesem Zeitpunkt Walter Steigner und Eberhard Schütz Programmdirektor, beide ebenfalls der SPD zuzurechnen. Diese Konstellation und die Sendungen des Dritten Fernsehprogramms, sowie des Hörfunkprogramms SFB3, das bereits am 1.10.1962 in Zusammenarbeit mit dem NDR gegründet worden war, brachten den SFB in der Berliner Öffentlichkeit in den Ruf, ein "Rotfunk" zu sein. Die einzige vom Gros der Bevölkerung akzeptierte Sendung war die biedere, erkennbar jeder Kritik am ideologischen Konsens der Stadt bare "Berliner Abendschau". Innerhalb des Senders war Walden, der nicht zur Redaktion der Abendschau gehörte,

in die Ecke der Kalten Krieger gedrängt worden, obwohl er für sich in Anspruch nahm, jedweden Extremismus abzulehnen. In dem Maße allerdings, wie die SPD bereit war, "Wandel durch Annäherung" zu praktizieren, wurde jeder, der den Verhandlungen mit dem Osten nicht wohlwollend gegenüberstand, als Kalter Krieger betrachtet. Dabei ging es Walden, im Gegensatz zu vielen Politikern der CDU, "nur" um die Wiedervereinigung, die, wie er meinte, nicht durch Nachgeben gegenüber dem DDR-Regime zu erreichen war, sondern nur durch eine harte Haltung und den festen Glauben, daß sich das kommunistische System von selbst erledigen würde. Diese Debatte hatte einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Lagerbildung zwischen "Rechts" und "Links", zwischen Berliner Bevölkerung und Studenten und unter den Journalisten des SFB.

Der Hörfunk gliederte sich zu dieser Zeit in drei Wellen - SFB1 und SFB 2 waren "mainstream", allerdings hin und wieder mit progressivem Einschlag. Hier liefen Sendungen wie "Wo uns der Schuh drückt" (das Pendant zur Fernsehsendung), Übertragungen aus dem Abgeordnetenhaus, das Deutschlandtreffen der SPD im Sportpalast, Berichte zu Berliner Problemen und Themen wie der Frage, ob das Haus der Wannsee-Konferenz zur Dokumentationsstätte umgebaut werden sollte. Demgegenüber bot der SFB3 der Linken ein geeignetes Forum. Hans Werner Richter von der Gruppe 47 plazierte eine Sendung namens "Jour fixe" im Programm, die in loser Folge erschien und anspruchsvolle Themen erörterte.

Am 25.1.1966 wurde zum Beispiel über "Die Entwicklung der kommunistischen Reformbewegungen in West- und Ost-Europa (Euro-Kommunismus) unter besonderer Berücksichtigung der Ideen Robert Havemanns" gesprochen. Diskussionsteilnehmer waren u.a. Erich Fried und Klaus Wagenbach.

Am 29.3.66 lief eine Diskussion zum Thema "Katechismus zur deutschen Frage - deutsch-deutsche Koexistenz und Anerkennung" mit Egon Bahr und dem Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger. Die Mitglieder der Gruppe 47, zu denen ja auch Enzensberger gehörte, waren in den sechziger Jahren fester Bestandteil des deutschen Literaturbetriebes. Während der Studentenbewegung nahmen sie nur individuell und sporadisch zu den angesprochenen Themen Stellung.



“An even older generation, the politically conscious writers of group 47, who were the New Left of 1945 and are still renowned, have done nothing collectively, and little individually, to influence the new movement...Only the most radicals of these writers, Peter Weiss, Hans Magnus Enzensberger, and Reinhard Lettau, are genuinely friendly to the New Left...”<sup>123</sup>

Am 26.10. hatte der “Jour fixe” u.a. Fritz J. Raddatz, Karl Theodor von und zu Guttenberg und Johannes Agnoli zu den Themen ad 1) Deutschlandpolitik, ad 2) Ostpolitik, ad 3) Wiedervereinigungspolitik und ad 4) Politische Beziehungen zu den USA zu Gast.

Am 17.12. wurde “Die große Koalition und die Opposition unter besonderer Berücksichtigung der politischen Zielsetzung der FDP” unter Beteiligung von Hans-Dietrich Genscher, Arnulf Baring, Kurt Sontheimer, Peter Härtling und Sebastian Haffner diskutiert.

Die Auswahl der Themen im Dritten Hörfunkprogramm des SFB über den Zeitraum des Jahres 1966 zeigt, welche Fragen politisch relevant waren. Es waren dies natürlich die deutsch-deutsche Frage, das Verhältnis zu den Verbündeten, die Große Koalition und die Frage der Entwicklung des Ostblocks. Der sogenannte Euro-Kommunismus, der z.B. von Robert Havemann propagiert wurde, sollte eine Alternative sowohl zum kapitalistischen System als auch zum real existierenden Sozialismus bieten.

Die Existenz eines fortschrittlichen, links-intellektuellen Hörfunk- bzw.

Fernsehprogramms in einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt ist Ausdruck des Konflikts verschiedener Interessengruppen in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Soziale Bewegungen wie die Studentenbewegung, deren Impetus sich auf Redakteure und Journalisten übertrug, fanden Eingang in die Organisationsstruktur des Senders. Man kann also feststellen, daß die bürgerliche mediale Öffentlichkeit, soweit sie durch eine öffentlich-rechtliche Institution vertreten wird, in der Lage ist, flexibel auf gesellschaftliche Bewegungen zu reagieren, und, wie wir später sehen werden, sie zu assimilieren. Dabei ist es jedoch, wie Negt und Kluge bemerkten, “...für die Durchsetzung der Anstalten auch gegenüber der sich erweiternden privaten

---

<sup>123</sup> Harold Hurwitz, Germany today: Student revolt, London 1968, S. 95

Bewußtseinsindustrie entscheidend, ob die Fernsehanstalten Übergänge zu den Basisinteressen an unmittelbarer Kommunikation finden.“<sup>124</sup>

---

<sup>124</sup> Oskar Negt/ Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, S. 180